

NILS ASMUSSEN

HANS-GEORG VON STUDNITZ
EIN KONSERVATIVER JOURNALIST IM
DRITTEN REICH UND IN DER BUNDESREPUBLIK

Einleitung

Die Grundlage dieses biographischen Aufsatzes bildet der Nachlaß des Journalisten Hans-Georg von Studnitz (1907–1993)¹. Studnitz machte seine journalistische Ausbildung Anfang der dreißiger Jahre im Scherl-Verlag, für den er dann vor allem als Auslandskorrespondent berichtete. Während des Zweiten Weltkriegs arbeitete er in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes. Nach einer Internierung durch die Engländer war er schon seit 1947 wieder journalistisch tätig. Er war an der Gründung der Zeitschrift „Außenpolitik“ beteiligt und versuchte sich Anfang der fünfziger Jahre zweimal für kurze Zeit als Chefredakteur einer konservativen Zeitung in Hamburg. Von 1955 bis 1961 war er Pressechef der Lufthansa. Die sechziger Jahre waren sein erfolgreichstes Jahrzehnt als Nachkriegsjournalist: Er war fester Mitarbeiter zweier Wochenzeitungen – „Christ und Welt“ und „Welt am Sonntag“ – und veröffentlichte vier Bücher zu politischen Zeitfragen. Danach wurde er immer mehr zu einem Außenseiter am rechten Rand der politischen Publizistik, wo er seit Mitte der siebziger Jahre zunehmend in Vergessenheit geriet.

Für die neuere Pressegeschichte sind konkrete Einzeluntersuchungen auf solider Quellenbasis – gerade im biographischen Bereich – noch vergleichsweise selten. Hierfür werden verschiedene Gründe vermutet: sowohl die Befürchtung, sich mit den in NS- und Nachkriegszeit tätigen Journalisten zu befassen und brisante Kontinuitätsfragen aufzuwerfen², wie die Neigung, in Individualbiographien ein veraltetes Genre zu sehen und sich seit den achtziger Jahren auch in der Pressegeschichte eher Kollektivbiographien bestimmter Gruppen zu widmen. Dagegen wird neuerdings wieder verstärkt auf die Legitimität von Einzelbiographien verwiesen, unter der Voraussetzung, daß die Person aus den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihrer Zeit

¹ Der Nachlaß befindet sich im Unternehmensarchiv des Axel Springer-Verlags in Hamburg. Der Verfasser dankt Vera von Studnitz für die Erlaubnis, den Nachlaß ihres Mannes zu bearbeiten, und Michael Jurk und seinen Mitarbeitern im Unternehmensarchiv für die geleistete Unterstützung. Wenn in den folgenden Anmerkungen nicht extra erwähnt wird, wo Briefe und dergleichen verwahrt werden, finden sich die Dokumente im Unternehmensarchiv des Axel Springer-Verlags.

² Vgl. Norbert Frei, Presse-, Medien- und Kommunikationsgeschichte: Aufbruch in ein interdisziplinäres Forschungsfeld?, in: Historische Zeitschrift 248 (1989), S. 101–114, hier bes. S. 102, 110f.

gedeutet wird und nicht der persönliche Lebensweg, sondern das publizistische Schaffen im Kontext der politischen, ökonomischen und kulturellen Bezugsrealität im Zentrum der Betrachtung steht³. Während für den hier behandelten Zeitraum eine Reihe journalistischer Autobiographien und Memoiren vorliegen – so auch von Studnitz⁴ –, gibt es neben biographischen Essays⁵ nur wenige wissenschaftliche Darstellungen: für die im Zusammenhang mit diesem Aufsatz relevante konservative Publizistik etwa zu den Mitgliedern des Tat-Kreises⁶.

Im Vergleich mit manchen anderen Journalisten, die mit ihm die Brüche und Kontinuitäten einer Karriere vom Dritten Reich zur Bundesrepublik teilen, gehört Studnitz nur ins zweite Glied eines konservativen Nachkriegsjournalismus. Er hat nicht für Jahre als Chefredakteur eine Zeitung geprägt wie Hans Zehrer die „Welt“ (1953–1966) oder Giselher Wirsing „Christ und Welt“ (1954–1970). Von diesen ehemaligen Mitgliedern des Tat-Kreises trennte ihn außerdem der fehlende akademische Hintergrund. Er war in erster Linie Journalist, auch seine politischen Bücher waren eher ausgedehnte journalistische Pamphlete ohne den Anspruch theoretischen Tiefgangs wie die Bücher von Zehrer, Wirsing oder Ferdinand Fried. Trotz seiner vielseitigen Interessen war sein deutschnationales, aristokratisch-elitäres Weltbild schlichter, holzschnittartiger. Auch er konnte es den politischen Zeitumständen anpassen: so bis zum Schluß dem Nationalsozialismus (Beziehungen zum konservativen Widerstand fehlen bei ihm völlig) wie später der Kanzlerdemokratie Adenauers. Bei der deutlichen Distanz, die er jedoch immer gegenüber der demokratischen Nachkriegsentwicklung behielt, stellt sich die Frage, inwieweit er sich damit vom Hauptstrom der konservativen Nachkriegspublizistik isolierte. Es soll gezeigt werden, daß eine solche Entwicklung nur schrittweise erfolgte: In den fünfziger Jahren war er, etwa als Mitherausgeber der angesehenen Zeitschrift „Außenpolitik“, noch weitgehend unumstritten. In den sechziger Jahren polarisierten seine Auffassungen wesentlich stärker: Anhand der Auseinandersetzungen mit Giselher Wirsing über den Kurs von „Christ und Welt“ und über die Bücher von Studnitz läßt sich die Konfrontation

³ Vgl. Arbeitsgruppe Biographie (im Wiener Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaften), Biographie als kommunikationsgeschichtliche Herausforderung. Aktuelle Tendenzen, Chancen und Defizite eines umstrittenen Genres, in: *Medien & Zeit*, H. 4, 1993, S. 34–38.

⁴ Vgl. Seitensprünge. Erlebnisse und Begegnungen 1907–1970, Stuttgart 1975; *Menschen aus meiner Welt*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1985.

⁵ Vgl. Norbert Frei/Johannes Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, München 1989, S. 136–180, 215; Otto Köhler, *Wir Schreibmaschinentäter. Journalisten unter Hitler – und danach*, Köln 1989, mit einem Beitrag über Studnitz, S. 135–152. Dagegen eher „gruppenbiographisch“ Peter Köpf, *Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse*, Berlin 1995; ders., *Ex-Nazis hatten eine Chance. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse*, in: *Medien & Zeit*, H. 3, 1995, S. 28–34.

⁶ Ebbo Demant, *Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als politischer Publizist*, Mainz 1971; Axel Schildt, *Deutschlands Platz in einem „christlichen Abendland“*. Konservative Publizisten aus dem Tat-Kreis in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Thomas Koebner u. a. (Hrsg.), *Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949*, Opladen 1987, S. 344–369.

mit einem Publizisten nachzeichnen, der durch seine Vergangenheit ähnlich belastet, jedoch gegenüber manchen modernen Zeittendenzen anpassungsbereiter war⁷. Es gelang Studnitz nicht, die Zeitung auf einen dezidiert konservativen Kurs nach seinen Vorstellungen auszurichten. Auf der anderen Seite hatte er mit derartigen Positionen in der „Welt am Sonntag“ durchaus publizistische Erfolge. Kritiker wie Hans Dieter Müller in seiner Springer-Studie⁸ und Kurt Sontheimer in seinen Aufsätzen zum antidemokratischen Denken in der Bundesrepublik⁹ machten ihn damals als Vertreter eines „neuen Nationalismus“ namhaft. Erst seit den siebziger Jahren geriet Studnitz auch im konservativen Spektrum ins Abseits.

Nach einem Überblick über die journalistischen Anfänge von Studnitz im Scherl-Verlag und seine Tätigkeit als Auslandskorrespondent in den dreißiger Jahren (Kapitel I) sollen die Jahrzehnte von 1940 bis 1970 den Schwerpunkt dieser Untersuchung bilden. Für die Zeit des Zweiten Weltkriegs umfaßt sie seine außenpolitische Propaganda als Mitarbeiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes und seine Überlegungen zum Wiederaufbau der zerstörten deutschen Städte (II). Die Darstellung der Nachkriegszeit beinhaltet seinen Wiedereinstieg in den Journalismus in der Besatzungszeit (III), seine Rolle als Mitbegründer von „Außenpolitik“ (IV), als Chefredakteur der „Hamburger Allgemeinen Zeitung“ und des „Hamburger Anzeigers“ (V) sowie als Mitarbeiter von „Christ und Welt“ und „Welt am Sonntag“ (VI). Anschließend sollen seine politischen Auffassungen anhand seiner vier Bücher zu Außenpolitik, Wohlstandsgesellschaft, Bundeswehr und Kirche analysiert werden (VII). Ergänzend dazu werden publizistische Äußerungen von Studnitz zur Rolle von Parteien und Persönlichkeiten in der Politik und zu Architektur und Städtebau der Nachkriegszeit herangezogen (VIII). Abschließend erfolgt ein kurzer Ausblick auf seine Tätigkeit in der Zeit nach 1970 (IX).

I.

Hans-Georg von Studnitz wurde am 31. 8. 1907 in Potsdam geboren. Sein Vater war preußischer Offizier aus einer Familie aus schlesischem Uradel mährischen Ursprungs, die sich bis ins 13. Jahrhundert zurückverfolgen ließ. Die Mutter war die Tochter Max Schinckels, eines später geadelten Hamburger Bankiers, der als Direktor der Norddeutschen Bank und der Diskontogesellschaft sowie als Mitglied in den Aufsichtsräten der großen Hamburger Reedereien und von Betrieben der chemi-

⁷ Siehe Kapitel VI und VII dieses Aufsatzes. Zu Wirsing vergleiche Frei/Schnitz, Journalisten im Dritten Reich, S. 173–180.

⁸ Vgl. Hans Dieter Müller, Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie, München 1968, bes. S. 275–300.

⁹ Vgl. Kurt Sontheimer, „Die Wiederkehr des Nationalismus in der Bundesrepublik“ (1966) und „Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik“ (1968), hier zit. nach Kurt Sontheimer, Deutschland zwischen Demokratie und Antidemokratie. Studien zum politischen Bewußtsein der Deutschen, München 1971, S. 123f., 158f.

schen und der Stahlindustrie zu den bedeutendsten Wirtschaftsführern des Kaiserreichs gehörte. Studnitz verließ das Gymnasium vor dem Abitur und machte 1923/24 eine Lehre bei der Norddeutschen Bank in Hamburg, die er 1924–26 bei der Banco de Chile y Alemania in Valparaiso fortsetzte. 1926–28 arbeitete er als kaufmännischer Angestellter in einer Reederei in Buenos Aires. 1928 wurde er in Hamburg Mitarbeiter der Hapag, er war 1928/29 in deren New Yorker Vertretung und dann bis 1931 in der Berliner Filiale tätig¹⁰.

In Berlin knüpfte der politisch interessierte Studnitz Beziehungen zu konservativen Kreisen, so zum Freiherrn Heinrich v. Gleichen, dem Herausgeber der Zeitschrift „Der Ring“. Dieser spielte eine wichtige Rolle im „Deutschen Klub“, dem sogenannten „Herrenklub“, dessen Mitglieder Querverbindungen zu Rechtsparteien, Großgrundbesitz und Schwerindustrie hatten und einen autoritären, hierarchisch gegliederten nationalen Staat nach aristokratisch-elitären Ordnungsprinzipien anstrebten. Kennzeichnend für die Haltung dieser Kreise zur Weimarer Republik ist eine Ermahnung Gleichens an Studnitz, er möge doch bei der Abfassung seiner Artikel nicht vergessen, „daß wir es nicht mit einem nationalpolitisch geschlossenen Staat zu tun haben, sondern mit dem von Prof. Carl Schmitt gekennzeichneten Pluralismus der Interessen-Vorherrschaft, bei der im Grunde keinerlei Garantien mehr für Recht, Sicherheit, Eigentum und damit für Verantwortung gegeben sind“¹¹. Studnitz war seit 1930 nebenher journalistisch tätig und schrieb unter anderem außenpolitische Kommentare für die „Neue Preussische Kreuzzeitung“. Nach Kündigung durch die Hapag entschloß er sich 1931 für die journalistische Laufbahn: Durch Empfehlungen, bei denen auch die Bekanntschaft seines Großvaters mit Hugenberg eine Rolle spielte¹², erhielt er eine Stelle als Volontär bei der Scherl-Zeitung „Der Tag“.

1932 schrieb Studnitz im „Tag“ Lobeshymnen auf die Deutschnationalen und ihren „Führer“ Hugenberg¹³. Eine briefliche Äußerung aus dieser Zeit zeugt von seiner Beschäftigung mit der konservativen Publizistik: Zwar bewertete er das Engagement des „Tat“-Kreises für die Zukunft Deutschlands positiv, warf ihm aber auch Dogmatismus, Romantik und intellektuelle Realitätsferne vor. Er wünschte sich die Weiterentwicklung der Gedanken Moeller van den Brucks in einer Weise, daß sie den praktischen Unterbau zu einem neuen Staat geben könnten¹⁴. Wenn Studnitz in seinen Erinnerungen schreibt, daß der 30. Januar 1933 für ihn einen Schrecken ohne Ende liquidierte und er sich als Konservativer von der nationalen Komponente Hitlers ange-

¹⁰ Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 11–62. Zu Schinckel siehe auch ders., Menschen aus meiner Welt, S. 9–23, und Elsabea Rohrmann, Max von Schinckel, Hanseatischer Bankmann im wilhelminischen Deutschland, Hamburg 1971.

¹¹ Brief von Gleichen vom 5. 8. 1930 (im Original fälschlich Schmidt!). Studnitz zitiert diese Passage in seinen Erinnerungen mit der Bemerkung, sie träfe 1973 auch zu, in: ders., Seitensprünge, S. 74.

¹² Brief von Hugenberg an Studnitz vom 5. 10. 1931.

¹³ Der Tag, 24. 7. 1932: Gläubigkeit und Vertrauen; ebenda, 4. 9. 1932: Der Wille und die Tat.

¹⁴ Brief an Hans-Albrecht Herzner, Chefredakteur der Zeitschrift „Der Nahe Osten“, vom 5. 3. 1932.

zogen fühlte, die sozialistische aber in Kauf nahm, so klingt das glaubhaft. Inwieweit sein NSDAP-Beitritt im März 1933 wirklich nur aus idealistischen Motiven erfolgte, muß dahingestellt bleiben¹⁵. In einem für sein lebenslanges politisches Denken charakteristischen Artikel betonte er besonders die Rolle des aristokratischen Prinzips in der nationalsozialistischen Revolution. Er beschrieb sie als eine Revolution gegen die Doktrin von der Gleichheit aller und das auf ihr beruhende System der Demokratie. Führergedanken und Ausleseprinzip begrüßte er als Grundlage eines neuen Systems der Aristokratie, das eine Synthese aus neuer Leistung und Tradition darstellen sollte¹⁶.

Studnitz schrieb für die gesamte Spannweite der Produkte des Scherl-Verlags, der noch bis 1944 im Besitz von Hugenberg blieb¹⁷: so für die illustrierten Zeitschriften „Die Woche“ und „Silberspiegel“, für die „Berliner Illustrierte Nachtausgabe“ und vor allem für den „Berliner Lokal-Anzeiger“. Dieses Massenblatt für ein überwiegend kleinbürgerliches Publikum hatte sich in der Weimarer Zeit zum Prototyp der demokratiefeindlichen, nationalistischen Hugenberg-Presse entwickelt – Ossietzky und Tucholsky nannten es in der „Weltbühne“ nur das „Blatt für die Idioten der Reichshauptstadt“. Die Zeitung war aber nicht nur durch ihren professionellen, massenwirksamen Großstadtjournalismus Vorbild einer neuen Zeitungsgeneration geworden, sondern verfügte auch über eine gutinformierte Auslandsberichterstattung¹⁸. Beim „Berliner Lokal-Anzeiger“ hat Studnitz nach eigenem Bekenntnis das Handwerk des Schreibens gelernt, und zwar vorwiegend als Auslandskorrespondent, eine Karriere, die in diesem Aufsatz nur angedeutet werden kann¹⁹: Er berichtete aus Wien (1934/35 und wieder 1936), Rom (1935), dem spanischen Bürgerkrieg (1936/37), Indien (1937), London (1938) und von einer Reise durch Nordafrika, den Nahen Osten und den Balkan (1939).

Während seines sechsmonatigen Indienaufenthalts in der zweiten Jahreshälfte 1937 sprach er unter anderem mit Gandhi und Nehru²⁰. Letzteren beurteilte er als eine aristokratische Persönlichkeit, die im Grund der nationalsozialistischen Staatsidee näher stünde als demokratischen oder kommunistischen Auffassungen. Als er 1938 in London noch einmal die Gelegenheit hatte, ihn zu sprechen, hoffte er ihn zu einem Deutschlandbesuch und dadurch politisch für Deutschland gewinnen zu können – ein Plan, der sowohl an der Ablehnung durch Nehru wie an der Reserviertheit offi-

¹⁵ Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 80f.

¹⁶ Der Tag, 30. 11. 1933: Revolutionäre Neuordnung und Auslese.

¹⁷ Vgl. Frei/Schmitz, Journalisten im Dritten Reich, S. 54ff.

¹⁸ Zur Geschichte der Zeitung von ihrer Gründung 1883 bis in die Weimarer Zeit siehe Rudolf Stöber, Der Prototyp der deutschen Massenpresse. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ und sein Blattmacher Hugo von Kupffer, in: Publizistik, H. 3, 1994, S. 314–330.

¹⁹ Berliner Lokal-Anzeiger (künftig: BLA), 16. 9. 1941: Chancen, Pflichten und Husarenritte. Vom Volontär zum Auslandsberichterstatter. Dieser Abschnitt seines Lebens macht auch den Schwerpunkt seiner Erinnerungen aus; vgl. auch Seitensprünge, S. 83–261.

²⁰ Ein zusammenfassender Bericht im BLA, 25.–28. 1. 1938: Menschen und Mächte in Indien I–IV, vgl. auch Seitensprünge, S. 148–206.

zieller deutscher Stellen scheiterte²¹. Auch als Studnitz während des Krieges dem Indienreferat des Auswärtigen Amtes angehörte, will er die Auffassung vertreten haben, daß eine deutsche Indienpolitik (die es seiner Ansicht nach kaum gab) sich um Kontakt zu Gandhi und Nehru hätte bemühen und nicht allein auf den nach Deutschland geflohenen Bengalenführer Subhas Chandra Bose hätte stützen sollen²². Während seines Englandsaufenthalts im Oktober 1948 versuchte er noch einmal ohne Erfolg, den auf der Commonwealth-Konferenz in London anwesenden Nehru zu einem Gespräch und zur Abgabe einer Botschaft an das deutsche Volk zu bewegen²³. Später kam er gelegentlich in Artikeln auf seine indischen Erfahrungen zurück, so noch 1988 in einer Rezension des Indien-Tagebuchs von Günter Grass²⁴.

Die antienglische Tendenz, die Studnitz' Interesse für die indische Unabhängigkeitsbewegung zugrunde lag, zeigte sich – ergänzt durch Antisemitismus – noch deutlicher in seiner Berichterstattung aus Palästina 1939. Britische und jüdische „Interessen“ standen dort für ihn gegen arabisches „Recht“. Er berichtete mit Verständnis über die arabischen Freischärler des Großmufti von Jerusalem und schilderte die jüdische Bevölkerung unter Benutzung zahlreicher antisemitischer Stereotypen als „Spekulanten, Wucherer und Entwurzelte“ aus aller Welt²⁵.

II.

Nachdem Ribbentrop 1938 das Auswärtige Amt übernommen hatte, veranlaßte er einen intensiven Aus- bzw. Neuaufbau der dortigen Propagandaabteilungen (Presseabteilung, Kulturpolitische und Rundfunkpolitische Abteilung, Informationsabteilung)²⁶. Wie eine Reihe anderer Journalisten wurde Studnitz im September 1939 für die neugegründete Informationsabteilung unter Leitung von Günther Altenburg dienstverpflichtet. Er war für die Abfassung von politischen Tagesberichten für die deutschen Missionen im Ausland und von propagandistisch wirksamen Presseartikeln zuständig. Bereits Ende Januar 1940 wurde er auf Wunsch des Scherl-Verlags wieder freigestellt und ging als Korrespondent nach Den Haag. Nach dem deutschen

²¹ Memorandum über die Unterredung mit Nehru am 1.7. 1938, Korrespondenz mit von Leithe-Jaspars (Auswärtiges Amt), und andere Unterlagen von Juni–September 1938 im Nachlaß.

²² Vgl. Korrespondenz von Studnitz mit Margret Boveri 1964/65 über die Indienpolitik des Dritten Reichs und die Rolle von Adam v. Trott, der auch zum Indienreferat und nach Studnitz zu den Befürwortern Boses gehörte. Siehe auch ders., *Als Berlin brannte. Diarium der Jahre 1943–1945*, Stuttgart 1963, S. 27 f., 33, 215, und ders., *Seitensprünge*, S. 171.

²³ Brief an Nehru vom 17.10. 1948.

²⁴ *Welt am Sonntag* (künftig: *WamS*), 2.10. 1988: Höllenfahrt im Zeichen Kalis (Rezension zu Günter Grass: *Zunge zeigen*, Darmstadt 1988).

²⁵ *BLA*, 22.2. 1939: Die Verschworenen des Mufti; ebenda, März 1939: *Spekulanten, Wucherer und Entwurzelte* (Artikel o. D. im Nachlaß vorhanden).

²⁶ Vgl. Peter Longerich, *Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop*, München 1987, S. 46–68 und 149–164. Longerichs Aufzeichnung eines Gesprächs, das er am 10.2. 1982 mit Studnitz führte, findet sich im Nachlaß.

Einmarsch im Mai wurde er mit der Aufsicht über zwei holländische Tageszeitungen beauftragt, im Juni kehrte er nach Berlin in die Informationsabteilung zurück²⁷. Im Zuge einer „Flurbereinigung“ zwischen beiden Abteilungen übernahm ihn der Leiter der Presseabteilung, Paul Karl Schmidt, im Herbst 1940 als Referenten. Hier war er bis Kriegsende tätig²⁸.

Die Presseabteilung hatte lange Zeit ein Schattendasein geführt – verstärkt durch die Bedeutung, die ab 1933 das Propagandaministerium auch auf dem Gebiet der Auslandspropaganda erlangt hatte. Erst unter Ribbentrop wurde sie seit 1939 gezielt ausgebaut, wobei Kompetenzstreitigkeiten mit Goebbels bis Kriegsende bestehen blieben. Ihre Hauptaufgaben waren die Information des Ministeriums über die Berichterstattung in der in- und ausländischen Presse, die Beeinflussung der Auslandspresse und die Lenkung der deutschen Presse in außenpolitischen Fragen. Die Zahl der Mitarbeiter konnte von etwa zwei Dutzend 1939 auf bis zu zeitweise über dreihundert während des Krieges gesteigert werden. Für den Ausbau war wesentlich ihr neuer Leiter Paul Karl Schmidt verantwortlich. Der 1911 geborene Schmidt war 1931 der NSDAP beigetreten, hatte Volkswirtschaft, Germanistik und Psychologie studiert und 1936 über ein Thema zur Bedeutungsbildung in den indogermanischen Sprachen promoviert. Als Assistent am Psychologischen Institut der Universität Kiel beteiligte er sich am Aufbau einer Abteilung für Publizistik und Kommunikation. Über Beziehungen gelangte er in Ribbentrops Berliner Dienststelle und stieg schließlich – nachdem dieser Außenminister geworden war – 1939/40 zum Leiter der Pressestelle auf. Longerich charakterisiert ihn als „den Typ des geistig beweglichen, akademisch vorgebildeten NS-Funktionärs, der einerseits der nationalsozialistischen Ideologie verhaftet war, andererseits einen machtbewußten Pragmatismus entwickelte“²⁹. Studnitz gehörte trotz seiner Zugehörigkeit zu einem adlig-großbürgerlichen Milieu, von der auch seine Tagebuchaufzeichnungen aus der Kriegszeit zeugen³⁰, nicht zum traditionellen, sich aus dieser Schicht rekrutierenden Beamten-typ im Auswärtigen Amt, sondern fühlte sich von Generation und Lebenslauf her einem nationalsozialistischen Aufsteiger wie Schmidt verbunden. Er erinnerte sich später bewundernd, wie dieser sich trotz „der Schwerfälligkeit der Geheimräte im Auswärtigen Amt und der Elastizität der Gehilfen des Propagandaministers“ gegen Goebbels durchsetzte und „auf die Pressekonferenzen des Auswärtigen Amtes alle namhaften Journalisten zog, die sich zuvor beim Promi bedient hatten“. Er bezeichnete Schmidt als einen der ersten, der erkannt hatte, „daß der Außenpolitik mit der

²⁷ Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 253–261. Bescheinigungen des Scherl-Verlags vom 30. 1. 1940 und des Auswärtigen Amtes vom 1. 2. 1940; Vertrag mit dem Auswärtigen Amt vom 1. 6. 1940, im Nachlaß.

²⁸ Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 262–273; Longerich, Propagandisten, S. 158. Nach dem Krieg ließ Studnitz sich seine Tätigkeit durch Altenburg und Schmidt bestätigen: Bescheinigungen vom 28. 3. bzw. 31. 3. 1961.

²⁹ Longerich, Propagandisten, S. 155.

³⁰ Studnitz, Als Berlin brannte. Die Authentizität dieser Aufzeichnungen ist aufgrund fehlender Originalmanuskripte nicht nachprüfbar.

Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Presse und elektronische Medien eine neue Dimension zuwuchs³¹.

Studnitz war in der Presseabteilung zuständig für die Abfassung des täglich herausgegebenen „Politischen Berichts“, einer Sprachregelung für die deutschen Missionen. Außerdem betreute er den Artikeldienst „Europäische Korrespondenz“, der die Presse im befreundeten Ausland mit Aufsätzen in mehreren Sprachen belieferte, und seit April 1943 auch die „Deutsche Diplomatische Korrespondenz“, einen Informationsdienst für die in Berlin akkreditierten ausländischen Journalisten. Daneben unterstand ihm die Zeitschrift der Presseabteilung „Berlin-Rom-Tokio“; die „Monatschrift für die Vertiefung der kulturellen Beziehungen der Völker des weltpolitischen Dreiecks“ erschien in zwei Sprachen (deutsch und italienisch) und mit aufwendiger Technik, etwa mit großformatigen Photos³². Hier veröffentlichte Studnitz zahlreiche politische Leitartikel. Daneben schrieb er während des Krieges auch weiter für die Presse des Scherl-Verlags, in dem er auch Propagandabroschüren veröffentlichte³³. Er unternahm für die Presseabteilung eine Reihe von Reisen ins neutrale Ausland³⁴.

Bereits in seiner Berichterstattung aus dem besetzten Holland finden sich einige wesentliche Eckpunkte nationalsozialistischer Propaganda³⁵: die bis zum Angriff auf die Sowjetunion bedeutsame Herausstellung von Großbritannien als Hauptgegner, die Rechtfertigung des deutschen Einmarsches als Präventivmaßnahme gegen eine drohende britische Intervention und ein Europabegriff, der mit Nuancen während des ganzen Krieges in der Propaganda des Auswärtigen Amtes Verwendung

³¹ Unveröffentlichtes biographisches Manuskript zu Paul Schmidt (12 S.), das Studnitz ursprünglich für sein Buch: *Menschen aus meiner Welt*, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1985, vorgesehen hatte. Nach 1945 waren sowohl Studnitz wie Schmidt für den Springer-Verlag tätig. Schmidt veröffentlichte seine unter dem Pseudonym Paul Carell für ein Massenpublikum geschriebenen Kriegsbücher auch als Serien in der Springer-Illustrierten *Kristall* und war Redenschreiber und Sicherheitsberater Axel Springers. Vergleiche dazu Michael Jürgs, *Der Fall Axel Springer*, München/Leipzig 1995, bes. S. 313–331.

³² Vgl. Longerich, *Propagandisten*, S. 158, 252, 260; Studnitz, *Seitensprünge*, S. 262; ders., *Als Berlin brannte*, S. 65 f.

³³ Nach seiner Nahostreise 1939 erschien unter dem Pseudonym Georg Buderose, *England so – und so!* (166 Abb. in Kupfertiefdruck), Berlin 1939. Nach einem Brief von Giselher Wirsing vom 27. 10. 1939 (Briefkopf der Münchener Neuesten Nachrichten) war diese Bildbroschüre zur Verbreitung im Ausland bestimmt. Wirsing fand sie bis auf das etwas zu gewagte Titelbild hervorragend dafür geeignet. Unter dem gleichen Pseudonym: *Roosevelt & Co. Kriege, Lügen, Verbrechen*, (212 Abb.), Berlin 1942. Zur Verifizierung des Pseudonyms vergleiche ein Schreiben der britischen Besatzungsbehörden vom 11. 12. 1948 (siehe Anmerkung 76).

³⁴ *Berlin-Rom-Tokio*, April 1941: *Über dem neuen Europa. Skizzen von einer Luftreise Berlin-Rom-Madrid-Paris* von H. G. von Studnitz, S. 15 ff. Hier berichtet er von einer gemeinsamen Reise mit Schmidt zu einer deutschen Presseausstellung in Madrid, wo die „deutsche Presse als Instrument der geistigen Kriegsführung“ gezeigt wurde. Auch im Oktober 1943 war er in Spanien und Portugal, August 1944 in der Schweiz und im November in Schweden. Vgl. auch Studnitz, *Als Berlin brannte*, S. 126 ff., 192 ff., 220 ff.

³⁵ Zur Einordnung vergleiche den Überblick über Schwerpunkte und Hauptthemen der Auslandspropaganda bei Longerich, *Propagandisten*, S. 69–108.

fand. Studnitz verwies auf die Verwandtschaft der Holländer mit den Deutschen. Die englandfreundliche Politik der holländischen Regierung sei „eine durchaus volksfremde Haltung“ im Interesse jener Kräfte gewesen, „die Holland aus der mitteleuropäischen Sphäre heraus und in jene wesenlose Welt der von überseeischen Quellen sich am Leben haltenden Mächte des kolonialen Handels und des internationalen Kapitalismus zogen“³⁶. Und auf die Frage „Sind Engländer Europäer?“ antwortete er: „Der einzige Beitrag, den Großbritannien jemals zur europäischen Ordnung geleistet hat, ist der des europäischen Gleichgewichts, der nichts anderes bedeutet als die Verewigung der europäischen Unordnung und Schwäche. Niemals durfte ein europäischer Staat so stark werden, daß ihm die Vereinheitlichung Europas gelang.“³⁷ Studnitz ließ keinen Zweifel daran, daß er eben darin die Aufgabe Deutschlands sah. In dieser ersten, von deutschen Siegen geprägten Phase des Krieges plädierte er in offener, oft aggressiver Weise für eine Hegemonie in Europa als Voraussetzung für den durch das Ergebnis des Ersten Weltkriegs unterbrochenen Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht, den er als Mission für eine weitgehend mit den Errungenschaften des Nationalsozialismus gleichgesetzte europäische Kultur beschrieb³⁸. Als Hauptgegner machte er dabei den „englisch-amerikanischen Materialismus“ aus. Diesen ordnete er auch in seiner Bedeutung für die Ursachen des Ersten Weltkriegs ausdrücklich dem Revanchegedanken Frankreichs und dem Panslawismus über³⁹.

Einen Wandel erfuhr die deutsche Propaganda mit dem Angriff auf die Sowjetunion. Studnitz betonte nun stärker als in seiner antiwestlichen Propaganda die christlich-abendländische Komponente Europas: „Alle Staaten und Völker, die sich als Repräsentanten der christlich-abendländischen Kultur . . . betrachten, haben sich an die Seite Deutschlands gestellt. . . . Das ganze Abendland ist angetreten. Adolf Hitler ist zum Heerführer Europas geworden.“⁴⁰ „Wie kein anderes Ereignis hat der unter deutscher Führung eingeleitete Feldzug gegen den gottlosen Bolschewismus die gesittete Welt geeint.“ Nur die angelsächsischen Länder, „wo man die christliche Moral in Erbpacht hat und unter dem Mantel der Nächstenliebe jede Gemeinheit zu verüben bereit ist“⁴¹, stünden abseits. Das entsprach der offiziellen Propagandalinie, die sich um eine „Solidarität der europäischen Völker“ im „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ bemühte. Diese auch in den folgenden Jahren fortgesetzte Europapropaganda litt jedoch darunter, daß sie nie zu weitgehenden Versprechungen über die Rolle der anderen Völker in der Nachkriegswelt bereit war. Das Angebot an die anderen Staaten reduzierte sich für diese letztlich auf die Alternative Anpassung an Deutschland oder Vernichtung durch den Bolschewismus. Studnitz idealisierte in seinem außenpolitischen Jahresrückblick 1941 die Lage der von Deutschland abhän-

³⁶ BLA, 30. 5. 1940: Holland in deutschem Schutz.

³⁷ BLA, 14. 7. 1940: Sind Engländer Europäer?

³⁸ Die Woche, 28. 8. und 4. 9. 1940: Wir Deutschen von morgen; BLA, 5. 1. 1941: Der Schritt in die Welt.

³⁹ BLA, 1. 6. 1941: Die Auflehnung des Geistes.

⁴⁰ BLA, 28. 6. 1941: Heerführer Europas. Das ganze Abendland ist angetreten.

⁴¹ BLA, 9. 7. 1941: Roosevelt bekehrt Stalin.

gigen Staaten: „Der Beitritt der Slowakei, Rumäniens und Bulgariens zum Dreierpakt machte aus Staaten, die der deutschen Politik zurückhaltend gegenüberstanden, gleichberechtigte Partner, die die Neuordnung Europas als ihr eigenes vitales Interesse bejahten. . . . Daß die deutsche Politik nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens sich . . . sofort bereit erklärte, den gesunden Teil dieses Gebildes als vollwertiges Mitglied der neuen europäischen Völkergemeinschaft aufzunehmen, trat in der Anerkennung eines unabhängigen Kroatiens zutage.“⁴² Ein Jahr später lobte er die deutsche Außenpolitik dafür, „die Kriegsführung mit Argumenten unterstützt zu haben, die für das deutsche Volk ebenso einleuchtend waren wie für seine Bundesgenossen und Freunde“. Er pries diese Erfolge auf dem Gebiet einer europäischen Zusammenarbeit (und nannte dabei vor allem verbündete und besetzte Länder), doch seine Aussagen über deren Inhalt blieben vage. Er verwies besonders auf das angeblich nahezu erreichte Ziel, die europäische Ernährungswirtschaft gegen die Blockade zu sichern und „das Fenster Europas in die unendlichen Räume des Ostens aufzustoßen“⁴³.

Mit dem Angriff auf die Sowjetunion und dem drohenden Konflikt mit den USA 1941 entwickelte die deutsche Propaganda eine Grundfigur von Feindbildern, die zwar variierte, im Prinzip aber bis Kriegsende durchgehalten wurde, und nach der Deutschland durch eine widernatürliche, vom Judentum zusammengehaltene Koalition von Bolschewisten und westlichen Plutokraten bedroht erschien⁴⁴. Studnitz bemerkte in seinem Kriegstagebuch, daß sich die unteren Schichten eher gegen die Plutokraten einnehmen ließen als gegen die Russen, während es bei den materiell besser Gestellten umgekehrt sei⁴⁵. In dem für ein großstädtisches Massenpublikum bestimmten „Berliner Lokal-Anzeiger“ stellte er „das plutokratische, kapitalistische England und Amerika gegen das sozialistische Deutschland . . . das Deutschland des Volkswagens, des Volksempfängers, der Kraft-durch-Freude-Fahrten, der Altersversorgung, des bezahlten Urlaubs für Arbeiter“ usw.⁴⁶. Sein Amerikabild in der eher elitären Zeitschrift der Presseabteilung – die sich zudem auch an das befreundete Ausland wandte – setzte dagegen andere Akzente: Während die Kapitalismuskritik fehlte, stand der Vergleich zwischen europäischer „Kultur“ und amerikanischer „Zivilisation“ im Mittelpunkt, den er etwa durch das Gegensatzpaar „Kunst des Handwerks“ und „Technik der Maschine“ ausdrückte. Den angeblichen Anspruch Amerikas auf Beherrschung der Welt verglich er ausdrücklich mit der Parole der bolschewistischen Weltrevolution, beide richteten sich gegen die europäische Kultur. Die bedenkliche Amerikanisierung Europas nach dem Krieg (Einfluß des amerikanischen Geldes, Vergötterung amerikanischer Technik, Industriemethoden, Filme, „Neger-

⁴² BLA, 28.12. 1941: Die Diplomatie als Waffe. Deutsche Außenpolitik 1941. Vergleiche zur Europapropaganda auch Longerich, Propagandisten, S. 80f., 88ff., 105.

⁴³ BLA, 1.1. 1943: Reiche politische Ernte. Die Erfolge der deutschen Außenpolitik im vergangenen Jahr.

⁴⁴ Vgl. Longerich, Propagandisten, S. 82ff.

⁴⁵ Vgl. Studnitz, Als Berlin brannte, S. 26.

⁴⁶ BLA, 1.6. 1941: Die Auflehnung des Geistes.

musik“ usw.) sei erst durch den Nationalsozialismus aufgehalten worden. Die durch diesen bewirkte Selbstbesinnung und innere Abkehr vom Götzen Amerika beschrieb Studnitz als Voraussetzung für die Entwicklung einer den europäischen Bedürfnissen angepaßten und zugleich überlegenen deutschen Technik, besserer Automobile, einer besseren Straßentechnik durch den Autobahnbau, ja selbst einer besseren Massenerhaltung (wobei er Max Schmeling gegen den „Filmjuden“ Charlie Chaplin stellte). Deutlich wird in diesem Artikel der Versuch, trotz ideologischer Ablehnung zur amerikanischen Technisierung der Welt in Konkurrenz zu treten. Dagegen fehlen hier die Hinweise auf angebliche soziale Errungenschaften des Nationalsozialismus⁴⁷.

Antisemitismus findet sich bei Studnitz ebenfalls vornehmlich in seinem Amerika-bild. So schilderte er die Berater Roosevelts als jüdische Kapitalisten und ihre anti-deutsche Haltung als Verfolgungswahn: „Sie kennen die Preise in aller Welt und außer diesen nur ein Gefühl: die jüdische Angst . . . Sie bildet einen Teil ihres physischen Wesens als das Erbe des göttlichen Fluches, der auf ihnen lastet.“⁴⁸

Die Bedeutung Englands als Kriegsgegner wurde im Verlauf des Krieges in der deutschen Propaganda deutlich zurückgenommen. Studnitz schilderte es 1944 als krisenhaftes Land, das nach dem Krieg seine Weltstellung entweder an seine Verbündeten USA und UdSSR oder an Deutschland verlieren würde⁴⁹. In diesen Zusammenhang gehört auch ein Szenario der Nachkriegszeit, das er im Juli 1944 in „Berlin-Rom-Tokio“ veröffentlichte. Er beschrieb eine dauerhaft friedliche Nachkriegsordnung im Falle eines alliierten Sieges nur dann als möglich, wenn es Deutschland auf der Grundlage annähernder Gleichberechtigung mit den Siegern zu leben gestattet sein würde. Die derzeitige Politik der Alliierten lief für ihn dagegen letztlich auf eine Aufteilung der Welt zwischen USA und UdSSR hinaus. Großbritannien würde nur als zweitklassige Macht in Anlehnung an Amerika existieren und außerdem – ohne ein starkes Deutschland dazwischen – unweigerlich in Konflikt zu Rußland geraten. Auch ein niedergehaltenes Deutschland würde hingegen schon bald zum Zentrum eines europäischen Widerstands gegen die russische Herrschaft werden⁵⁰. Der Artikel wurde in Auszügen über den Auslandsdienst des Deutschen Nachrichtenbüros verbreitet und im britischen Rundfunk als Eingeständnis einer deutschen Niederlage und Appell für günstige Friedensbedingungen gewertet⁵¹. Studnitz versuchte ihn in seinen Erinnerungen als eigenmächtige, der offiziellen Sprachregelung vom totalen Sieg widersprechende Aktion darzu-

⁴⁷ Berlin-Rom-Tokio, Oktober 1941: Europa und die amerikanische Zivilisation, S. 11 f.

⁴⁸ BLA, 14. 11. 1941: Jude Roosevelt als Stratege.

⁴⁹ Die Woche, 17. 5. 1944: Englische Krise. Siehe auch Longerich, Propagandisten, S. 101 ff.

⁵⁰ Berlin-Rom-Tokio, Juli 1944: Der dritte Weltkrieg, S. 2 f., Nachdruck in der Deutschen Zeitung in den Niederlanden, 1. 9. 1944. Vgl. auch Studnitz, Als Berlin brannte, S. 197 ff. (Auszüge); ders., Seitensprünge, S. 356 ff.

⁵¹ Im Nachlaß finden sich zwei Aufzeichnungen deutscher Abhördienste: Interradio-Sonderdienst Seehaus über BBC-Sendung vom 15. 8. 1944. P XIIb Sonderdienst Politischer Nachrichten über British Official Morse an Schweizerische Depeschagentur Bern vom 18. 8. 1944.

stellen⁵². Angesichts der im Grunde unannehmbaren Forderungen für einen Frieden – darunter eine „Weltbodenreform“ und eine „Sozialisierung der Weltbodenschätze“ zugunsten des land- und rohstoffarmen Deutschlands – ist der Aufsatz aber wohl eher in eine offizielle Strategie der propagandistischen Verunsicherung des Gegners einzuordnen. Man kann ihn – wie es eine deutschsprachige Londoner Zeitung tat⁵³ – als Teil des Versuchs sehen, die englische Kriegsbereitschaft durch eine Mischung der Andeutung von Verständigungsmöglichkeiten und der Drohung sowohl mit der bolschewistischen Gefahr wie mit deutschen Vergeltungswaffen zu schwächen.

Im folgenden, letzten Heft der dann aus kriegswirtschaftlichen Gründen eingestellten Zeitschrift beschwor Studnitz noch einmal den Europagedanken im Kampf gegen einen russischen Herrschaftsanspruch, demgegenüber er die Vorstellungen der Westmächte vom Nachkriegseuropa als naiv darstellte. Ohne Deutschland als politische, militärische und wirtschaftliche Einheit sei Europa nicht lebensfähig. „Solange Deutschland unbesiegt bleibt, ist jeder politische Irrtum in Osteuropa zu reparieren. Wird Deutschland geschlagen, muß er sich verewigen.“ Für die deutsche Politik gebe es keine reine West- oder Ostlösung, denn jede würde die Opferung von Teilen Europas voraussetzen, was dem Gefühl einer Gesamtverantwortung für den Kontinent zuwiderliefe. Geradezu zynisch erscheint jedoch sein Rückblick auf die letzten fünf Jahre deutscher Herrschaft in Europa: „Zwang herrschte, wo Zwang notwendig war. . . . Es gab keinen Luxus, aber ausreichend zu essen für alle. Es gab Arbeit für jeden. Das war die deutsche Ordnung, das ist sie noch. Sie mag manchem unsympathisch sein, aber eine nicht populäre Ordnung ist immer noch besser als eine populäre Anarchie, wie sie sich heute in Italien bietet.“⁵⁴ Auch in seinem letzten außenpolitischen Jahresrückblick im Januar 1945 bekannte er sich zu dieser Ordnung und bekundete die „Überzeugung, daß sich das neue Europa unter der politischen Führung Deutschlands allen Rückschlägen zum Trotz durchsetzen wird“⁵⁵.

Das Gesellschaftsbild von Studnitz läßt sich anhand der Überlegungen verdeutlichen, die er 1944 in zwei Artikelreihen zum Wiederaufbau der zerstörten deutschen Städte anstellte⁵⁶. Er ging von einer Bemerkung Goebbels' aus, daß die Zerstörung der deutschen Städte im Luftkrieg die Chance böte, durch einen Neuaufbau nach den letzten Erfahrungen der Technik dem Bauwesen in Deutschland einen gewaltigen Vorsprung vor allen anderen Ländern zu sichern. Zum ersten Mal seit den fürst-

⁵² Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 270f. Der Artikel sei von Schmidt gebilligt worden und habe Ribbentrop nicht vorgelegen; Studnitz, Als Berlin brannte, S. 206, er habe auch Schmidt nicht vorgelegen. Nach ebenda, S. 190 und 217 hielt Studnitz dagegen eine Verständigung mit den Westmächten zumindest seit Juli 1944 nicht mehr für möglich.

⁵³ Die Zeitung (London), 25. 8. 1944: Die notwendige Krise.

⁵⁴ Rom-Berlin-Tokio, August 1944: Das Ende Europas? Ein Auszug aus dem Artikel erschien durch Vermittlung des Deutschen Pressedienstes in der schwedischen Zeitschrift „Världspresen“, Nr. 11, November 1944, S. 35f. Vgl. auch Seitensprünge, S. 362ff.

⁵⁵ Deutsche Zeitung in den Niederlanden, 4. 1. 1945: Das außenpolitische Jahr.

⁵⁶ Potsdamer Tageszeitung, 20./21. 5. 1944: Die Stadt der Zukunft (auch als Serie in der Deutschen Zeitung in den Niederlanden, 27./28./29. 4. 1944); BLA, 18. 6. und 9. 7. 1944: Städte von morgen.

lichen Planungen des 17. und 18. Jahrhunderts sah Studnitz die Gelegenheit zu umfassenden, künstlerisch einheitlichen staatlichen Planungen. Deutschland hatte für ihn „seit Friedrich Schinkel keinen Baumeister von Format hervorgebracht. Erst mit dem Durchbruch des Nationalsozialismus, mit Männern wie Troost, Sagebiel, March und Speer setzte jene bauliche Renaissance ein, deren Entfaltung durch den Krieg so jäh unterbrochen wurde.“⁵⁷ Nun solle man den Wiederaufbau der zerstörten Städte erst recht für eine repräsentative Neugestaltung nutzen: „So wie wir noch heute die Leistungen des Barock bewundern, so sollen unsere Nachkommen dereinst die Baugesinnung dieser Zeit rühmen können.“

Dagegen beurteilte Studnitz die Baukultur der letzten hundert Jahre äußerst kritisch. Im Unterschied zum „nationalsozialistischen Volksstaat“ habe sich Deutschland in einer von Klassengegensätzen bestimmten Epoche „im Zustande einer vollkommenen baulichen Anarchie“ befunden. In sozialer Hinsicht sei die „Gruppierung der Wohngegenden in Luxus- und Proletarierviertel . . . ein typisches Produkt des Bauliberalismus und wurde zum Keimboden klassenkämpferischer Ideen“⁵⁸. Durch den Einbruch moderner Wirtschaftsformen wurde auch baulich eine vorindustrielle Idylle zerstört. Gerade beim Bau von Ladengeschäften habe „der bauliche Liberalismus der wilhelminischen Epoche furchtbar gesündigt“, es seien „durch das Anbringen von Firmen- und Reklameschildern Verschandelungen entstanden, die das Stadt- und Straßenbild so beherrschen, daß die erhaltenen Schönheiten guter architektonischer Epochen dahinter zurücktreten“. Nach dem Krieg seien die vom Bombenterror verschont gebliebenen Stadtkerne von solchen Verunzierungen zu reinigen.

Diese Gedanken stehen in den Traditionen einer konservativen Kulturkritik, die unter Hinweis auf die enge Verbindung von Industrialisierung, Verstädterung und „Verproletarisierung“ der Massen gerade in kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten Existenzängste mobilisierte und auf die Städte projizierte. Antikapitalistische Phrasen wurden dabei mit biologischen Begriffen und teilweise mit antisemitischen Vorstellungen vermischt, soziale „Geschwüre im Volkskörper“ entdeckt und die „Gesundung“ von Stadt und Gesellschaft gefordert. Kritiker der „Asphaltkultur“ der Weimarer Republik propagierten eine weitgehende Dezentralisation, Auflockerung und Durchgrünung der Großstädte⁵⁹.

Studnitz empfahl „die Auflockerung des Stadtkerns . . . durch weitläufige Bebauung, durch Verbreiterung von Straßen und Plätzen, durch die Einfügung von Grünflächen. Parkanlagen werden mit Recht die Lungen der Großstädte genannt. Je mehr solche Lungen eine Stadt hat, desto besser für ihre Gesundheit.“ Für die Städteplaner im Zweiten Weltkrieg gewann die Auflockerung eine zusätzliche Bedeutung

⁵⁷ Potsdamer Tageszeitung, 20./21.5. 1944: Die Stadt der Zukunft; daraus – wenn nicht anders vermerkt – auch die folgenden Zitate.

⁵⁸ BLA, 9.7. 1944: Städte von morgen.

⁵⁹ Vgl. Werner Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, München 1992, S.132.

im Zusammenhang mit dem Luftschutz⁶⁰, den auch Studnitz in seine Überlegungen einbezog: „Auf keinen Fall dürfen die neuen Städte in der Voraussetzung gebaut werden, daß der Luftterror sich niemals wiederholen wird. Deutschland ist ein Land der Mitte und wird als solches immer mit Überfällen seiner Nachbarn zu rechnen haben.“ Gerade Städte, deren Bevölkerung weitgehend von der Benutzung moderner Schnellverkehrsmittel abhängig sind, seien im Krieg besonders verwundbar. Der zunehmende innerstädtische Verkehrsstrom habe außerdem einen Zeitverlust zur Folge, der „die Arbeitsleistung einschränkt, die Erholung abkürzt und damit die Lebenskraft des Städters vermindert“. Daher solle die Einteilung der Stadt in Wohn-, Arbeits- und Vergnügungsviertel aufgegeben und eine dezentrale „gesunde Mischung“ angestrebt werden.

Diesen Begriff verwandte Studnitz auch für seine Vorstellungen von der sozialen Gliederung der Stadt: „Das reine Proletarierviertel muß der Vergangenheit ebenso angehören wie das reine Geschäftsviertel. Das eine ist soziologisch so ungesund, wie das andere verkehrspolitisch unzweckmäßig. Proletarierviertel nehmen allzubald die Gestalt von Elendsquartieren an und werden zu Brutstätten der Klassegegensätze, die der Staat der Volksgemeinschaft für immer beseitigt sehen möchte.“ Die Stadt der Zukunft solle „eine gesunde Mischung von Wohnungen aufweisen, die anspruchsvollen, mittleren und einfachen Bedürfnissen entsprechen“ – ein bevölkerungspolitisches Durchmischungskonzept, das durch soziale Kontrolle die Gegensätze vielleicht auffangen sollte, sie aber keinesfalls beseitigte. Die „Wurzellosigkeit“ der Masse der heimatlosen Großstädter, die ihre „Wohnwabe“ bisher nur als Durchgangsstation benutzten, wollte er z. B. durch die Möglichkeit zum käuflichen Erwerb von Etagenwohnungen bekämpfen. Daneben solle „der Städteubau nach dem Krieg . . . dem Bürgerhaus wieder dem ihm gebührenden Platz zuweisen“ – aristokratisch-elitäre Träume von geräumigen Stadtpalais, in dem „Familientradition und Familienkultur seine Pflegestätte haben soll“ mit Rückgriff auf einen „Begriff des Bürgers, der die Städtepracht des deutschen Mittelalters erst möglich gemacht hat“ und den die Industrialisierung ausgelöscht habe.

III.

Studnitz wurde 1945 jenem Teil des Auswärtigen Amtes zugeordnet, der nicht aus Berlin ausgelagert wurde, sondern bis zuletzt in der Wilhelmstraße auszuharren hatte. Im März 1945 nutzte er einen Familienurlaub, sich zu Verwandten ins Lippische abzusetzen⁶¹. In seinen Tagebuchaufzeichnungen der folgenden Monate⁶² distanzier-

⁶⁰ Der Architekt Rudolf Hillebrecht 1944: „Auflockerung macht Stadt luftunempfindlicher, zumindest gegen ausgedehnte Sachschäden“ – zit. nach ebenda, S. 254.

⁶¹ Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 271 ff.

⁶² Maschinenschriftliches Manuskript (April-Dez.) 1945. Die Aufzeichnungen schließen chronologisch an die in „Als Berlin brannte“ abgedruckten an und wirken wesentlich authentischer.

te er sich zwar von der deutschen Durchhaltepropaganda und begrüßte den Tod Hitlers und die Verhaftung führender Nationalsozialisten. Gleichzeitig vermengte er aber auch seine Kritik an Maßnahmen der Besatzer mit Mißachtung der Opfer des Dritten Reiches und antisemitischen Äußerungen⁶³. Er verfaßte in dieser Zeit ein Buchmanuskript zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs, das er vergeblich einer Reihe von Verlagen anbot. Deren Kritik ging zumeist dahin, daß er sich zu sehr mit Fehlern und Dummheiten Hitlers beschäftige, eine tiefere Einsicht in deutsche Schuld aber vermissen lasse⁶⁴. Vom 23. 12. 1945 bis zum 23. 7. 1946 war er in britischer Gefangenschaft.

In einem Brief an die BBC vom 18. 12. 1945, in dem er zu einer Sendung vom Vortag Stellung nahm, hatte er die Besatzungspolitik heftig angegriffen: Er bemerkte „keinen Unterschied zwischen dem System, das durch den Sieg der Alliierten in Deutschland beseitigt wurde, und dem, das dieser Sieg jetzt aufrichtet“. Das Unrecht sei sogar noch größer als das der letzten zwölf Jahre, so seien „durch die unterschiedslose Ächtung aller ehemaligen Nationalsozialisten bis zur Entziehung selbst des Gemeindewahlrechts noch mehr Millionen Deutsche politisch rechtlos geworden ... als unter Hitler“. Presse und Rundfunk würden noch mehr bevormundet als unter Goebbels. Die Alliierten hätten schon einmal mit dem Versailler Vertrag und seinen Folgen eine demokratische Entwicklung in Deutschland verhindert und dem Aufkommen der Hitlerbewegung Vorschub geleistet⁶⁵. Nach seiner Gefangenschaft setzte Studnitz diese Art von Stellungnahmen zu politischen Tagesfragen fort: in Schreiben an britische Politiker und Publizisten wie Victor Gollancz, in Leserbriefen z. B. an die „Times“⁶⁶ und in Memoranden an die Militärregierung zur Lage der politisch Internierten (wo er eine Bilanz seiner eigenen Lagererfahrungen zog und eine stärkere geistige und kulturelle Betreuung forderte) und zur Lage der Presse, über die er sich auch in einem Leserbrief an die „Welt“ äußerte⁶⁷. Er kritisierte vor allem die zumeist parteigebundene Lizenzpresse, sprach aber auch der „Welt“, auf die er zunächst Hoffnungen gesetzt hatte, als Organ der Besatzungsmacht die Überparteilichkeit ab. Manche seiner Verbesserungsvorschläge mögen diskutabel gewesen sein – aufgrund von Papierknappheit und begrenztem Platz forderte er mehr reine Nach-

⁶³ „Die Stadtverwaltungen werden Juden und KZ-Insassen anvertraut, also ein Regiment mit umgekehrten Vorzeichen, aber den gleichen Mißgriffen“ (28. 4. 1945). „Daß KZ-Häftlinge geistigen Schaden nehmen mußten, scheint mir sicher. Es könnte daher nichts Schlimmeres passieren, als wenn sie nunmehr politischen Einfluß erhalten würden“ (10. 5. 1945). „Amerikaner und Engländer sind mit einem Ring von Juden umgeben. Diese haben die Aufgabe, ihnen einerseits die Deutschen vom Leib zu halten, zweitens sie zu beschnüffeln“ (31. 5. 1945).

⁶⁴ Der Weg zur Katastrophe (maschinenschriftliches Manuskript). Korrespondenz mit Hanseatischer Verlagsanstalt, Suhrkamp, Stalling (Hans Zehrert!), Rowohlt, Hoffmann und Campe, Desch, Rainer Wunderlich/Hermann Leins (1945–47).

⁶⁵ Brief vom 18. 12. 1945 an BBC, London über den Bürgermeister Bad Oeynhausen.

⁶⁶ The Times, 18. 4. 1947: The outcome of Moscow. A german argument. Abdruck und Übersetzung in: Studnitz, Seitensprünge, S. 366 ff.; Korrespondenz dazu im Nachlaß.

⁶⁷ Zur Lage der politisch Internierten (28. 10. 1946); Zur Lage der neuen deutschen Presse (28. 10. 1946); Brief an „Die Welt“ vom 3. 4. 1947.

richten auf Kosten von Kommentaren sowie den Verzicht auf Photos, Karikaturen, Unterhaltungsteil, Roman usw. –, auffällig ist ihr oft überheblicher Tonfall in Verbindung mit dem Hinweis, daß das Niveau womöglich noch niedriger sei als zwischen 1933 und 1945. Mit der Attitüde eines Journalismus ohne weltanschauliche Ausrichtung – die antifaschistische der Gegenwart bezeichnete er als genauso dumm wie zuvor die faschistische – versuchte Studnitz seiner konservativen Haltung immer wieder den Anschein von Objektivität zu geben. In einem der Briefe dieser Zeit bezeichnete er seine Grundeinstellung als „konservativ-liberal im eigentlichen und nicht im parteipolitischen Sinne des Wortes“. Er würde sich weder als Demokrat noch als Sozialist oder Nationalist bezeichnen. Er könne politische Probleme nicht aus der Gefühlswelt betrachten und sei als Journalist bestrebt, nicht Urteile zu fällen, sondern Diagnosen zu stellen. Über seine NSDAP-Mitgliedschaft bemerkte er: „Ich habe keinen Anlaß, mich der Motive zu schämen, die mich dazu bewegten . . . Für mich steht fest, daß ich keine Analysen über den politischen Zustand meines Volkes anstellen könnte, wenn ich nicht in den letzten 14 Jahren an den Hoffnungen und Irrungen meiner Landsleute teilgenommen hätte.“⁶⁸

Seit 1947 war Studnitz wieder als freier Mitarbeiter für verschiedene Zeitungen tätig. Für „Die Zeit“ und eine Reihe anderer Blätter hielt er sich von Januar bis September 1948 in Nürnberg als ständiger Berichterstatter von den Nachfolgeprozessen des Hauptkriegsverbrecherprozesses auf. In seinen Erinnerungen charakterisierte er später seine Motive dafür so: „Zur Verhandlung standen Verfahren gegen die Wehrmacht und das Auswärtige Amt, gegen Reichsbehörden und gegen die Industrie, kurzum gegen alles, was in Deutschland unabhängig vom Nationalsozialismus Rang und Einfluß gehabt hatte.“ Die Siegermächte wollten seiner Meinung nach „die Elite des deutschen Volkes treffen und die Deutschen zu einer führungslosen Herde machen . . . Gegen dieses Unterfangen publizistischen Widerstand zu leisten erschien mir eine lohnende Aufgabe und Pflicht.“⁶⁹ Ähnlich hatte sich Studnitz schon im Dezember 1947 nach einem ersten Informationsbesuch in Nürnberg gegenüber dem für Pressefragen zuständigen SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine geäußert: Er bezeichnete die seiner Ansicht nach von klassenkämpferischen Motiven geprägte Berichterstattung der SPD-Presse über die Industrieprozesse (Flick, Krupp, I. G. Farben) als unpatriotisch und zudem kurzsichtig. Es sei zu erwarten, daß auch Arbeiter der Unternehmen wegen Mißhandlung von Fremdarbeitern angeklagt würden. Natürlich solle die Verteidigung sich auch für diese einsetzen, dürfe dann aber auch erwarten, daß die SPD-Presse ihr nicht ständig in den Rücken falle. Er schlug vor, den SPD-Chefredakteuren entsprechende Richtlinien verbindlicher Art zu geben. „Der Versuch, über die Industrieprozesse einen neuen weltanschaulichen Spalt zwischen Betriebsführung und Arbeiterschaft zu treiben, ist zu offensichtlich, als daß er nicht im Keime erstickt werden sollte. Ich selbst werde bemüht sein, mit allen mir zur Ver-

⁶⁸ Entwurf eines Briefs an den englischen Publizisten Gordon vom 30.4. 1947.

⁶⁹ Studnitz, Seitensprünge, S. 288.

fügung stehenden journalistischen Mitteln diesem Gedanken Ausdruck zu verleihen.“⁷⁰

In diesem Sinne berichtete Studnitz vorwiegend mit Sympathie für Angeklagte und Verteidigung über die Prozesse gegen Industrielle⁷¹, Angehörige des Auswärtigen Amtes⁷² und der Wehrmacht⁷³. Mit deutlicher Mißbilligung behandelte er dagegen die Aussagen von deutschen Zeugen der Anklage wie des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Friedrich Gaus, im Wilhelmstraßenprozeß⁷⁴. Er setzte auch seine Angriffe auf die Besatzungsmächte fort, wenn er etwa in einem Artikel über das Urteil im Krupp-Prozeß die den Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen (Plünderung und Mißbrauch zur Sklavenarbeit) mit Maßnahmen der Siegermächte nach 1945 in Deutschland gleichsetzte⁷⁵. Die britische Militärregierung erteilte der „Zeit“ für diesen Artikel einen ernsten Verweis und verweigerte Studnitz – auch wegen eines weiteren Artikels und seiner Tätigkeit vor 1945 – die von ihm für das folgende Jahr beantragte Teilnahme an einer Australien-Neuseelandreise des englischen Königspaares, da man ihn nicht für geeignet ansah, die demokratische deutsche Presse in der Welt zu vertreten⁷⁶. Auf Aufforderung der Besatzungsbehörden nahm er dagegen im September und Oktober 1948 an einem sechswöchigen Kurs im Bildungszentrum Wilton Park bei London, einer aus der Kriegsgefangenenerschulung hervorgegangenen Einrichtung, teil⁷⁷.

IV.

Von Nürnberg aus wandte sich Studnitz Ende 1948 nach Stuttgart, wo er eine Wohnung gefunden hatte und so eine Zuzugsgenehmigung bekam. Hier knüpfte er Kontakte zu Kreisen um Eugen Gerstenmaier, der das Evangelische Hilfswerk leitete. Seit dieser Zeit schrieb Studnitz für die Wochenzeitung „Christ und Welt“, die seit

⁷⁰ Brief an Fritz Heine vom 22. 12. 1947. Dieser lehnte die Vorstellungen von Studnitz in seiner Antwort vom 5. 1. 1948 ab.

⁷¹ Die Zeit, 6. 5. 1948: Die Verteidigung Krupps. Zu I. G. Farben ebenda, 17. 2. 1948: Ein Konzern steht vor Gericht; ebenda, 1. 7. 1948: Gibt es Verbrecherfirmen?

⁷² Die Zeit, 29. 1. 1948: Der Prozeß gegen das Auswärtige Amt.

⁷³ Die Zeit, 20. 5. 1948: Leisteten die Generale Widerstand?

⁷⁴ Die Zeit, 5. 2. 1948: Der Zeuge Gauß (korrekt: Gaus). Siehe auch Studnitz, Seitensprünge, S. 293 und 372 ff.

⁷⁵ Die Zeit, 12. 8. 1948: Rehabilitierung und Rache.

⁷⁶ Briefe der Information Services Division Headquarters, Control Commission for Germany (British element) vom 11. 10. und 11. 12. 1948, und Antworten von Studnitz vom 6. 11. und 22. 12. 1948.

⁷⁷ Brief des Chief Education Control Officer, Land Schleswig-Holstein, vom 8. 8. 1948. Vergleiche den einigermaßen sachlichen Bericht von Studnitz, Das Experiment von Wilton Park. Neue Wege politischer Erziehung, in: Zeitwende 21 (1949), H. 1, S. 57–60, und die tendenziöse Darstellung in seinen Erinnerungen, wo er von „Gehirnwäsche“ spricht, ders., Seitensprünge, S. 301 ff.

1948 im mit dem Hilfswerk verbundenen Evangelischen Verlagswerk erschien⁷⁸. Gleichzeitig faßte er den Plan für eine Zeitschrift, die sich nach ausländischen Vorbildern wie „Foreign Affairs“ ausschließlich mit außenpolitischen Fragen befassen sollte. Für seinen diesbezüglichen Entwurf konnte er das Interesse der Deutschen Verlags-Anstalt gewinnen⁷⁹. In seinem ersten Exposé vom März 1949 bezeichnete er es als Aufgabe der geplanten Monatsschrift „Außenpolitik“, sowohl die deutsche Öffentlichkeit über außen- und weltpolitische Fragen zu unterrichten wie andererseits das Ausland über den deutschen Standpunkt dazu. Wenn er schrieb, daß die wenigen Deutschen, die tatsächlich außenpolitische Kenntnisse hätten, bisher so gut wie nicht zu Worte kämen, dachte er sicher auch an sich selbst⁸⁰. Er erkannte aber auch, daß er als Herausgeber vielleicht Schwierigkeiten bekommen könnte, da er „den Militärregierungen aller Länder nicht so sehr geheuer“ sei, weil er „über alles nicht nur feste, sondern auch klare Ansichten habe“, wie er sich ausdrückte. Daher suchte er Mitherausgeber und wandte sich zunächst an den Rechtsanwalt Hellmut Becker, den Sohn eines ehemaligen preußischen Kultusministers, den er aus Nürnberg als Verteidiger Ernst von Weizsäckers kannte, doch dieser lehnte ab⁸¹. Später hatte Studnitz die Idee, daß eine Gruppe von Publizisten die Herausgeberschaft übernehmen sollte: Er dachte dabei an Paul Bourdin, Margret Boveri, Herbert Gross, Arthur W. Just und sich selbst⁸². Auch aus diesem Plan wurde nichts, doch Dr. Gross vom Düsseldorfer „Handelsblatt“ und der Osteuropaexperte Just sollten dann später wie Studnitz selbst tatsächlich dem ersten Herausgeberkollegium angehören. Bourdin wurde im November 1949 für kurze Zeit erster Bundespressechef, und Margret Boveri lehnte aus persönlichen und prinzipiellen Erwägungen ab. Sie befürchtete vor allem, daß die Zeitschrift sich zu sehr im amerikanischen Lager einer Marshall-Plan-Politik bewegen würde; sie aber gedachte „mit je einem Bein östlich und westlich des eisernen Vorhangs zu stehen bis es mich entweder zerreißt oder bis meine beiden Beine sozusagen wieder auf dem gleichen, das heißt auf dem eigenen Boden stehen. Diesen Boden (nicht in einem deutsch-nationalen Sinn verstanden) wieder zu gewinnen, wäre die Aufgabe wie ich sie sehe. Das würde u. a. gegenüber der kommunistischen Hälfte der Welt einen Grad an Objektivität voraussetzen, wie ich ihn bisher in keiner deutschen Publikation gefunden habe.“⁸³ Studnitz schrieb ihr, daß er im Grunde dasselbe wolle. Sein Ziel war in der Tat immer ein wiedervereinigtes Deutschland zwischen Ost und West, allerdings hatte er gegen dessen deutschnationalen Charakter nie Bedenken. Und er war zur Erreichung dieses Zieles bereit, mit einem der weltpolitischen Lager die gerade opportunen Bünd-

⁷⁸ Ebenda, S. 304 ff.

⁷⁹ Brief von Wolfgang von Eichborn, Deutsche Verlags-Anstalt, vom 2. 5. 1949.

⁸⁰ Exposé für die geplante Monatsschrift „Außenpolitik“ vom 15. 3. 1949.

⁸¹ Briefe an Eichborn und Becker vom 15. 5. 1949 (daraus das Zitat), und Beckers Antwort vom 21. 5. 1949.

⁸² Gleichlautende Schreiben an Bourdin, Boveri und Gross vom 18. 10. 1949.

⁸³ Brief von Margret Boveri vom 25. 10. 1949. Zu Margret Boveri vgl. Frei/Schmitz, Journalismus im Dritten Reich, S. 136–143.

nisse einzugehen (die er nie im Sinne der Orientierung an gemeinsamen politischen Werten, sondern etwa in der Tradition Bismarckscher Kabinettspolitik verstand)⁸⁴. Margret Boveri bat er zu bedenken, „wie wir bestehen sollten, wenn wir den Marshall-Plan ablehnen würden. Unsere Lage ist doch so, daß wir uns nach keiner Seite zieren können.“⁸⁵

Seit Juli 1949 befand sich Studnitz nicht mehr in Stuttgart, sondern hatte, da sich die Verhandlungen über die Zeitschrift hinzogen, eine Aufgabe in Hamburg angenommen. In der Folgezeit wurden die Planungen in zunehmendem Maße ohne seine leitende Beteiligung von Mitarbeitern des Verlags betrieben. Diese hatten dabei auch Kontakte zum in Stuttgart ansässigen Deutschen Büro für Friedensfragen, einer 1947 vom Länderrat der US-Zone geschaffenen Organisation, die – auch in personeller Hinsicht – „als Relikt des alten oder als Substrat eines neuen Auswärtigen Amtes Pläne schmiedete“ (Theodor Eschenburg)⁸⁶. Auch die Auswahl der Herausgeber erfolgte weitgehend ohne Mitwirkung von Studnitz. Neben Gross, Just und Studnitz waren es schließlich der Soziologe und Journalist Herbert von Borch als „managing editor“⁸⁷, der Völkerrechtler Wilhelm Grewe und der ehemalige Botschafter Erich Kordt⁸⁸, zuletzt kam der damals noch in Chicago lehrende Historiker Hans Rothfels hinzu⁸⁹. Studnitz, der in Hamburg regelmäßig über die Planungen informiert wurde und im November 1949 an einer Besprechung in Stuttgart teilnahm, zeigte sich überrascht und äußerst verstimmt, als er erfuhr, daß Borch und nicht er die Zeitschrift leiten sollte, die er als sein geistiges Kind betrachtete⁹⁰. Der Verlag konnte ihn besänftigen und überließ ihm die Leitung des Chronikteils der Zeitschrift in eigener Regie⁹¹ – diese „Außenpolitische Chronik“ mit Übersichten zu den Ereignissen in einzelnen Ländern und Regionen ging möglicherweise auf eine Anregung Margret Boveris zurück⁹² und wurde fortan von Studnitz für jedes Heft verfaßt. Als im Mai 1950 das erste Heft von „Außenpolitik“ erschien, lobte sein einstiger Vorgesetzter im Auswärtigen Amt, Paul Karl Schmidt, diese Chronik seines ehemaligen Mitarbeiters, sonst überzog seine Kritik. Schmidt bezeichnete die „kontemplativ-akademische Tradition“ der Zeitschrift als

⁸⁴ Vgl. Studnitz, *Deutschland zwischen den Mächten*, in: *Außenpolitik* 5 (1954), S. 481–488; ders., *Bismarck in Bonn. Bemerkungen zur Außenpolitik*, Stuttgart 1964.

⁸⁵ Brief an Margret Boveri vom 29.10.1949.

⁸⁶ Theodor Eschenburg, *Jahre der Besatzung*, Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 476; Heribert Piontkowitz, *Anfänge westdeutscher Außenpolitik. Das Deutsche Büro für Friedensfragen*, Stuttgart 1978.

⁸⁷ Brief von Hermann Maier, Deutsche Verlags-Anstalt, vom 1.12.1949.

⁸⁸ Programme und Notizen zu den Besprechungen betr. „Außenpolitik“ (3./4.1.1950) und Vermerk Gespräch mit Just (10.1.1950). Sowohl Kordt wie Just waren Mitarbeiter des Friedensbüros, vgl. Piontkowitz, *Anfänge*, S. 59, 137, das vor allem durch Hasso von Etzdorf an den Planungen beteiligt war.

⁸⁹ Brief von Eichborn an Borch, Kordt und Studnitz vom 14.2.1950.

⁹⁰ Briefe an Hermann Maier vom 5.12.1949 und an Wolfgang von Eichborn vom 8.12.1949.

⁹¹ Briefe von Eichborn vom 7. und 12.12.1949; Notiz der Besprechung vom 5.1.1950.

⁹² Brief von Margret Boveri an Studnitz vom 23.11.1949.

„tödlich“ und distanzierte sich von zahlreichen Beiträgen, Autoren und Herausgebern⁹³.

Während sein Versuch einer Wiedereinstellung in den Auswärtigen Dienst scheiterte⁹⁴, war Studnitz von 1950 bis 1965 Mitherausgeber der angesehenen Monatschrift „Außenpolitik“, die später auch Parlamentarier von Regierung und Opposition unter ihren Herausgebern hatte. Er verfaßte außer der Chronik etwa ein bis zwei Artikel pro Jahrgang sowie zahlreiche Buchrezensionen. Als die Zeitschrift ab Januar 1966 an den Verlag Rombach, Freiburg, übergang, schied er aus dem Herausgeberkreis aus, und die außenpolitische Chronik wurde ganz eingestellt.

V.

1949 geriet die 1946 gegründete CDU-Lizenzzeitung „Hamburger Allgemeine Zeitung“ (HAZ) in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten, woran sowohl die journalistische Unerfahrenheit der Lizenzträger wie auch – seit 1948 – der große Erfolg von Axel Springers überparteilichem „Hamburger Abendblatt“ die Schuld trugen⁹⁵. Einem Lizenzträger, Konsul Paulus⁹⁶, gelang es, seinen Anteil an eine hinter dem Stuttgarter Zeitwende-Verlag stehende Interessengruppe zu verkaufen. Für diese ging Ernst Hepp, vorher erster Chefredakteur von „Christ und Welt“, im Juli 1949 als Verlagsleiter nach Hamburg und nahm Studnitz als Berater mit. Vom 1. 10. 1949 bis zu ihrem Eingehen als selbständige Zeitung am 24. 3. 1950 wurde Studnitz Chefredakteur der HAZ⁹⁷.

Studnitz übte besonders Kritik an der bisherigen politischen Linie der Zeitung⁹⁸. Sie habe oft geradezu einem CDU-Plakat geglichen, und das sei ihrer Verbreitung gerade unter potentiellen CDU-Wählern nicht dienlich gewesen. Um christlich-demokratische und konservativ-liberale Gesichtspunkte breiten Schichten nahezubringen,

⁹³ Brief von Paul Karl Schmidt vom 8. 6. 1950. „Aus der Buchbesprechung über Hans Rothfels sehe ich, daß dieser Verfasser Ihr Mitherausgeber ist. Nun, ich hoffe er gehört nicht zu den von Ihnen geschätzten Herren. Sein Buch ist eine Mischung aus Romantik, ressentimentgeladenem Haß, falschen Behauptungen und törichten Thesen. Mit sowas ist kein Staat zu machen – im wahrsten Sinne des Wortes.“ Vgl. die Rezension von Jürgen von Kempki zu Hans Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, Krefeld 1949, in: *Außenpolitik* 1 (1950), S. 73 f.

⁹⁴ Nach Studnitz, *Seitensprünge*, S. 325, wurde sie vom Staatssekretär Hans Globke blockiert, nähere Unterlagen dazu fehlen jedoch im Nachlaß.

⁹⁵ Allgemein zur HAZ siehe Daniel A. Gossel, *Die Hamburger Presse nach dem Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1993, S. 90, 96 f., 150–155.

⁹⁶ Franz Wilhelm Paulus hatte schon früher Kontakt zu Studnitz. In einem Brief vom 12. 6. 1947 bot er ihm den – allerdings noch nicht genehmigten – Korrespondentenposten der HAZ in London an.

⁹⁷ Zusammenfassende Darstellungen von Studnitz, in: Ders., *Seitensprünge*, S. 307–309; *Der Zusammenbruch der HAZ* (11 S., 31. 5. 1950, Manuskript im Nachlaß).

⁹⁸ *Der Zusammenbruch der HAZ*, S. 3; *Redaktionelle Neugestaltung der HAZ* (6 S., 2. 8. 1949, Manuskript im Nachlaß).

eigne sich die Suggestivform besser als die Plakatierung. Besondere Schwierigkeiten habe der HAZ im protestantischen Hamburg die Anbindung an den katholischen Parteiflügel bereitet⁹⁹. Studnitz selbst hatte Beziehungen zu konservativ-protestantischen CDU-Kreisen, und ein führender Vertreter der Hamburger CDU schlug ihn zu dieser Zeit sogar Adenauer als ersten Bundespressechef vor¹⁰⁰. Trotzdem vermied er eine eindeutige Festlegung auf eine Partei, und wenn Hepp bemerkte, die Basis der HAZ sei „die der gesamten rechtsstehenden bürgerlichen Parteien von der FDP bis zu DP“¹⁰¹, so charakterisiert das gut das politische Lager, in dem man sich zu bewegen gedachte. Studnitz wollte diese Leser durch folgende Linie ansprechen: „Die HAZ nimmt nur eine einzige Partei, und das ist die des gesunden Menschenverstandes.“ Er präziserte, was darunter zu verstehen sein sollte¹⁰²: Man sei konservativ in dem Bemühen „um die Erhaltung der großen geschichtlichen Traditionen des deutschen Volkes“ und liberal in dem Bestreben, „einem gesunden Fortschritt die Tür zu öffnen“. Innenpolitisch strebe man die „Versöhnung aller Klassen der Gesellschaft“ und den „Ausgleich der sozialen Gegensätze“ an, das bedeute, „die Massen des arbeitenden Volkes an Staat und Wirtschaft heranzubringen und ihren Lebensstandard zu bessern“¹⁰³. Das sei die beste Gewähr gegen die Ausbreitung des Kommunismus. Außenpolitisch trete die HAZ für die politische und wirtschaftliche Einheit und für „ein starkes Deutschland in einem föderativen Europa“ ein.

Der parteiungebundene Kurs bedeutete für Studnitz jedoch keine Popularisierung der HAZ im Stil des „Hamburger Abendblatts“. Für ein weiteres bewußt auf den Massengeschmack zugeschnittenes Blatt sei in Hamburg kein Platz. Er dachte an ein Intelligenzblatt von trizonaler Bedeutung, vergleichbar der „Frankfurter Allgemeinen“ oder der „Deutschen und Wirtschafts-Zeitung“. Durch die Umstellung auf morgendliche Erscheinungsweise (was er nicht durchsetzen konnte) gedachte er der einzigen Hamburger Morgenzeitung, der (damals noch britischen) „Welt“, Konkurrenz zu machen. Außerdem hielt er zur dauerhaften Sanierung die Anbindung an ei-

⁹⁹ Der einzige aktive CDU-Politiker unter den Lizenzträgern, Franz Beyrich, war ebenso Katholik wie der ehemalige Lizenzträger Paulus. Nach Gossel, *Hamburger Presse*, blieb der CDU-Einfluß gerade wegen Beyrichs fehlender Qualifikation und gesellschaftsrechtlicher Fehler gering. Ebenfalls ins antikatholische Horn blies ein Artikel in: „Der Fortschritt“ Nr. 15, 1950: „Fromme Haifische in Hamburg“, wo der Kampf von „Gerstenmeiers Evangelisten“ Hepp und Studnitz gegen Beyrich geschildert wurde, hinter dem man den über HAZ-Kritik an seiner Außenpolitik erbosten Adenauer vermutete.

¹⁰⁰ Briefe von Senator a. D. Paul de Chapeaurouge an Adenauer vom 19. u. 20. 9. 1949. Danach war Studnitz kein CDU-Mitglied. Nach einem Brief von Dr. Matthiae (Kiel) vom 29. 3. 1950 hat er sich um eine Kandidatur für die CDU zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl 1950 bemüht, was nur am fehlenden Wohnsitz im Lande scheiterte.

¹⁰¹ Hepp an Studnitz, 14. 11. 1949.

¹⁰² Exposé: Die politische Linie der HAZ.

¹⁰³ An anderer Stelle hat er diese Gesellschaftsvorstellungen noch deutlicher benannt: „Das korrumpierte und mißbrauchte Wort von der Volksgemeinschaft ist nicht mehr zu retten. Das besagt nicht, daß wir nicht genau das brauchen, was der Begriff ursprünglich besagt“, in: *Christ und Welt* Nr. 52, 1951: „Großmannssucht – das deutsche Laster“.

nen größeren Verlag für sinnvoll: Ein Zusammengehen mit dem Girardet-Verlag, in dem die FDP-nahe Lizenzzeitung „Hamburger Freie Presse“ erschien, würde nur bedeuten, „daß man zwei lahme Pferde zusammenspannt“. Nicht verwirklichen konnte er aber die von ihm befürwortete Beteiligung oder Übernahme durch den Springer-Verlag: „Verlegerisch verfolgt Herr Springer bei leichter Links-Tendenz mit dem ‚Abendblatt‘ das Ziel des ‚Ausgleichs von Gegensätzen‘, eine Linie, die sich mit der unabhängigen der HAZ, bei leichter Rechts-Tendenz, durchaus vertragen würde.“¹⁰⁴ Die beiden Zeitungen würden sich an unterschiedliche Leserschichten wenden und so keine Konkurrenz machen. Wäre daraus etwas geworden, hätte die HAZ für Springer – wie dann ab 1953 die „Welt“ – so etwas wie „das Intelligenzblatt im Konzern“¹⁰⁵ werden können – allerdings wohl mit wesentlich deutlicherer Rechtstendenz, als sie die „Welt“ in den fünfziger Jahren hatte.

Diese Tendenz, die die HAZ an den äußersten rechten Rand der Hamburger Presse rückte, dürfte zum Scheitern ihrer Sanierung mit beigetragen haben. Unter liberalen Journalisten machte sich Studnitz keine Freunde: Die Gräfin Dönhoff von der „Zeit“ sah wegen einer Indiskretion kein vertrauensvolles Verhältnis zu ihm mehr gegeben¹⁰⁶, und der Journalist Helmut Lindemann kündigte der HAZ wegen ihres zunehmend nationalistischen Kurses die Mitarbeit auf. Unter anderem hatte Studnitz einen Artikel Lindemanns mit der Forderung an die Bundesregierung, sich wegen der deutschen Ostgebiete niemals an einem Krieg zu beteiligen, mit der Begründung nicht gedruckt, es sei „für Romantik im politischen Teil der HAZ kein Platz“. Ihre Einstellung zur Vergangenheit sei nicht „konjunkturbedingt“ – mit diesem Begriff bezeichnete er eine den Besatzungsmächten schmeichelnde Erfüllungspolitik, während Lindemann darunter „heute die Verharmlosung unserer Vergangenheit und das Weißwaschen aller Leute, die sich an unserem Volk und Europa versündigt haben“, verstand. So war es ihm nicht angenehm, daß in der HAZ auch ein Mann wie Giselher Wirsing schrieb¹⁰⁷. Studnitz dagegen vertrat die Auffassung, es könne „nicht darauf ankommen, was jemand war oder was jemand ist, sondern nur darauf, was jemand kann. . . . Der Nationalsozialismus dauerte viel zu lange, als daß schöpferische und begabte Leute es ausgehalten hätten, in Resignation zu verharren.“¹⁰⁸ Das galt auch für die Presse. So begrüßte Studnitz die Rückkehr der Altverleger und Altjournalisten nach Aufhebung des Lizenzzwangs. Im Unterschied zu einem großen Teil der Vertreter der „Lizenzpresse“, die für ihn ihre Posten nur politischen Gründen verdankten, wog für Studnitz das fachliche Können schwerer als die politische Bela-

¹⁰⁴ Gesichtspunkte für die Sanierung der HAZ (4 S., 20.2. 1950).

¹⁰⁵ So Müller, Der Springer-Konzern, S.127 ff., über die „Welt“.

¹⁰⁶ Brief von Marion Gräfin Dönhoff vom 23.2. 1950.

¹⁰⁷ Briefe von Dr. jur. Helmut Lindemann (Nonnenhorn am Bodensee) vom 9. u. 17.3. 1950 und Brief von Studnitz vom 13.3. 1950. Studnitz bedauerte, daß Wirsing wegen anderweitiger Überlastung erst zweimal in der HAZ erscheinen konnte, rechnete ihn in die „Spitzengruppe deutscher Publizistik“ und lobte seine „charakterliche Standhaftigkeit“ vor 1945. Die beiden hatten schon 1939 Kontakt (siehe Anmerkung 33) und werden sich bei „Christ und Welt“ wiederbegegnen.

¹⁰⁸ HAZ, 7.3. 1950: Gibt es wirklich keine fähigen Leute?

stung¹⁰⁹. Die meisten dieser Pressevertreter waren für Studnitz vor allem Opfer: zunächst der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten, dann der politischen Diskriminierung durch die Besatzungsmächte – wie die Mehrheit der Deutschen überhaupt.

Dabei ging er so weit, daß er die Rolle der Deutschen als Opfer in den Mittelpunkt einer Erörterung ihres Verhältnisses zu den Juden stellte: Die Juden müßten „einsehen lernen, daß ihre Katastrophe nur ein Teil jener Weltkatastrophe war, die durch Hitler ebenso über andere Völker, vor allem über das deutsche Volk, heraufbeschworen wurde“. Diese Katastrophe führte er allein auf die zerstörerischen Wirkungen des Phänomens Hitler zurück. Vor Hitler sei kein Land der Erde so frei von Antisemitismus gewesen wie Deutschland – „das sollte kein gebildeter Jude übersehen“. Dagegen sah er „durch den allzu reichlichen Einsatz von Juden bei Besatzungsaufgaben Ressentiments geweckt, die bei Kriegsende kaum bestanden“, und forderte, daß – neben Aufklärungsarbeit gegen Antisemitismus – sich umgekehrt auch die Juden von einem antideutschen Komplex frei machen müßten¹¹⁰. Die Kenntnis von der Ermordung der Juden sei auf wenige hundert Deutsche beschränkt gewesen, während heute fast die ganze Welt von den Konzentrationslagern in der deutschen Ostzone und der Sowjetunion wisse¹¹¹.

Gerade mit seinen pressepolitischen Ansichten dürfte sich Studnitz auch bei den alten Lizenzträgern der HAZ nicht beliebt gemacht haben¹¹². Auf deren Betreiben hin wurde die Zeitung Ende März 1950 an den Girardet-Verlag verkauft. Dieser stellte sie als eigenständiges Blatt ein und führte sie nur noch als Untertitel der „Hamburger Freien Presse“, die im September 1952 in „Hamburger Anzeiger“ umbenannt wurde. Für diese Zeitung war Studnitz zunächst als Bonner Korrespondent tätig und kam im November 1953 noch einmal als Chefredakteur nach Hamburg¹¹³. Inzwischen gab es dort jedoch mit der von Springer gekauften „Welt“ unter Hans Zehrer eine Zeitung, die den Studnitzschen Vorstellungen nahekam¹¹⁴. Da sich zudem zwischen seinen Vorstellungen von einer anspruchsvollen Qualitätszeitung und den Versuchen des Verlegers Hans Krümmer, dem „Abendblatt“ nachzueifern, keine Übereinstimmung finden ließ¹¹⁵, verließ Studnitz Hamburg im März 1954 wieder, berichtete aber bis 1955 erneut aus Bonn für den „Hamburger Anzeiger“.

¹⁰⁹ HAZ, 7. 9. 1949: Auferstehung der „Nazi“-Presse?; ebenda, 30. 9. 1949: Der Kieler Pressemaulkorb.

¹¹⁰ HAZ, 16. 9. 1949: Deutschland und Israel. Vgl. auch Richard Schaible, Die Juden müssen einsehen lernen, in: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 14. 10. 1949.

¹¹¹ HAZ, 5. 1. 1950: Kollektivbuße?

¹¹² Protokoll über die Ereignisse, die [...] zum Eingehen der HAZ geführt haben (24. 3. 1950). Danach forderte Beyrich als Bedingung für seine Zustimmung zu einem Sanierungsvorschlag die Entlassung von Hepp und Studnitz.

¹¹³ Hamburger Anzeiger, 5. 11. 1953.

¹¹⁴ Brief an Hans Zehrer vom 25. 9. 1953.

¹¹⁵ Richtlinien über die künftige Gestaltung des „Hamburger Anzeiger – Hamburger Allgemeine Zeitung“ (3 S., 6. 11. 1953); vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 309–311.

VI.

1955 bis 1961 war Studnitz Pressechef und Public Relations-Direktor der Deutschen Lufthansa AG¹¹⁶. Er hatte diesen Posten durch Vermittlung Rudolf Fischers bekommen, eines Kollegen aus der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, der 1954 Pressesprecher des langjährigen Bundesverkehrsministers Hans-Christoph Seebohm geworden war¹¹⁷. Als die Bundesrepublik 1952 die Lufthoheit zurückerhalten hatte, hatten sich inzwischen ausländische Luftverkehrsgesellschaften in Deutschland etabliert. Da Wirtschaft und Flugreisende für einen aus Steuergeldern finanzierten Neuaufbau der Lufthansa gewonnen werden mußten, hatte die Öffentlichkeitsarbeit einen hohen Stellenwert. Studnitz organisierte beispielsweise Eröffnungsflüge für Gäste aus Politik, Presse, Behörden und Wirtschaft bei Streckeneröffnungen, die mit einem reichen Programm in den angeflogenen Ländern verbunden waren. 1960 begleitete er Adenauer auf einem Flug in die USA und nach Japan.

Im Oktober 1961 wurde Studnitz stellvertretender Chefredakteur von „Christ und Welt“. Damit trat er zum ersten Mal in ein Angestelltenverhältnis zu dieser Zeitung, für die er seit ihrer Gründung – unter dem jetzigen Chefredakteur Giselher Wirsing (seit 1954) wie unter seinen Vorgängern Ernst Hepp (1948/49) und Klaus Mehnert (1949–54) – als freier Mitarbeiter geschrieben hatte¹¹⁸. Der Stellvertreterposten war 1961 zunächst für drei Jahre vertraglich vereinbart worden¹¹⁹ und zur Entlastung des häufig abwesenden Wirsing gedacht gewesen. Schon im folgenden Jahr zeigte es sich, daß sich diese Konstruktion gerade zu einer Zeit nicht bewährte, in der Wirsing unter dem Druck jüngerer Redaktionsmitglieder stand, die – etwa in der Spiegel-Affäre – der Zeitung einen progressiveren Kurs geben wollten¹²⁰. In einem Brief, in dem Wirsing ihm zugleich „eine der brilliantesten Federn in Deutschland“ bescheinigte, warf er Studnitz vor, mit seinen konservativen Auffassungen zur personellen Fluktuation

¹¹⁶ Ebenda, S.315–339; ders., Menschen aus meiner Welt, S.91–101 (Porträt des Lufthansa-Vorstandssprechers Hans M. Bongers). Außer den Arbeitsverträgen finden sich kaum weitere Materialien aus seiner Lufthansatätigkeit im Nachlaß.

¹¹⁷ Studnitz, Menschen aus meiner Welt, S.92; Vgl. Longerich, Propagandisten, S.161, 260; Frei/Schmitz, Journalisten im Dritten Reich, S.194. Fischer war Mitarbeiter von „Berlin-Rom-Tokio“ und stellvertretender Chefredakteur der illustrierten Zeitschrift „Volk und Reich“ gewesen. Wie Seebohm war er Sudetendeutscher und hatte mehrere Bücher über diese Volksgruppe verfaßt. Auch Studnitz schätzte den konservativen Vertriebenenpolitiker Seebohm; vgl. Christ und Welt, 1.12.1961: Der neue und der alte Seebohm. Der Ruf nach einem starken Verkehrsminister; ebenda, 22.9.1967: Der Bergassessor. Zum Tode Seebohms.

¹¹⁸ Einen Überblick zur Geschichte der Zeitung liefert Wirsings Nachfolger als Chefredakteur (1970–1973), Ulrich Frank-Planitz, Die Zeit, die wir beschrieben haben. Zur Geschichte der Wochenzeitung „Christ und Welt“, in: Bruno Heck (Hrsg.), Widerstand, Kirche, Staat. Eugen Gerstenmaier zum 70. Geburtstag, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1976, S.146–169, zu Studnitz S.161.

¹¹⁹ Angestelltenvertrag vom 23.6.1961.

¹²⁰ Frank-Planitz, Die Zeit, die wir beschrieben, S.161, nennt Jens Hoffmann (Kulturpolitik), Carl Gustaf Ströhm (Ostexperte) und Peter Jochen Winters (Innenpolitik).

und Desintegration der Redaktion beizutragen: „Ich stehe seit Monaten einer Einheitsfront gegenüber, die mir Duldung schwarz-weiß-roter Untertöne in Ihren politischen Äußerungen vorwirft ... Sie, lieber Studnitz, leben in einer zweifellos geschlossenen Welt, in der alles seinen Platz hat. Die Redaktion empfindet diese ihre Welt als unreal in den heute bestehenden Zusammenhängen; sie glaubt, daß diese verschiedenen Tonlagen einen Bruch ergeben, den der eigentliche CDU-Leser nicht mitmacht. ... Ich stehe in der Mitte, kann aber diesen Zustand nicht beseitigen, der zum Zerfall der Redaktion führen muß.“¹²¹ Studnitz hingegen sah von Anfang an nur geringe Selbständigkeit gegenüber Wirsing gegeben und vermißte eine klare Abgrenzung ihrer Verantwortlichkeiten¹²². Er steigerte das zum Vorwurf der Führungsschwäche: Teamarbeit und lange, fruchtlose Diskussionen auf Redaktionskonferenzen würden im Ergebnis zu Kompromissen und zum Verlust einer klaren politischen Linie führen und die Leser über den Kurs des Blattes im unklaren lassen. Wirsing lasse es an Autorität vermissen und gebe seinem jeweiligen Gesprächspartner Recht: „Als die sogenannten ‚Jungtürken‘ unter den Redakteuren den stellvertretenden Chefredakteur kritisierten, weil er ihnen zu konservativ erscheinende Ansichten vertrat, stellte der Chefredakteur seinem Vertreter, den er sich selbst geholt hatte, die Alternative auszuschneiden oder sich auf das Feuilleton zurückzuziehen“¹²³ – letzteres hatte Wirsing in seinem Brief tatsächlich vorgeschlagen, doch da Studnitz sich darauf nicht einließ, wurde 1964 lediglich sein Vertrag als stellvertretender Chefredakteur nicht verlängert, jedoch ein neuer Vertrag als politischer Redakteur mit Schwerpunkt Außenpolitik abgeschlossen¹²⁴.

Auch bei Diskussionen über Um- und Neugestaltung des Blattes vertrat Studnitz innerredaktionell eine konservative Linie, ohne sich durchsetzen zu können. Diese Debatten gewannen in den sechziger Jahren an Bedeutung, da der Anteil von „Christ und Welt“ auf dem Wochenzeitungsmarkt – trotz relativ stabiler Verkaufszahlen – von 32,9 % 1961 auf 23 % 1970 sank. 1963 mußte das Blatt den ersten Platz unter den politischen Wochenzeitungen der Bundesrepublik an die „Zeit“ abtreten, die ihren Marktanteil in den folgenden Jahren ständig steigern konnte¹²⁵. Als inhaltliche Schwerpunkte für 1962 befürwortete Studnitz Themen, die ihn in seinen Artikeln und Büchern der sechziger Jahre immer wieder beschäftigten: Außenpolitik („Die Behandlung der Oder-Neiße Frage. Auseinandersetzung mit einem Propagandisten der Anerkennung“), eine Serie zur Bundeswehr, die Frage des politischen Engagements der Kirchen, im Feuilleton Architekturkritik und Denkmalschutz. Als Autoren wünschte er sich – etwa zum Thema „Der politische Linksdrall deutscher Bestseller-Literaten“ – Winfried Martini und Armin Mohler¹²⁶. Diese kündigten jedoch Mitte der sechziger Jahre ihre Mitarbeit auf, da der Kurs ihnen nicht mehr konserva-

¹²¹ Brief von Wirsing vom 5. 9. 1962.

¹²² Brief von Studnitz vom 2. 9. 1962.

¹²³ Papier zur Krise von „Christ und Welt“ (undatierter Entwurf, 5 S.).

¹²⁴ Brief von Joachim v. Beust (Verlagsleitung) vom 6. 2. 1964; Angestelltenvertrag vom 11. 6. 1964.

¹²⁵ Verkaufszahlen und Marktanteile bei Frank-Planitz, Die Zeit, die wir beschreiben, S. 153, 163.

¹²⁶ Christ und Welt, Planung 1962 – Themenvorschläge (4 S.). Betr. Neugestaltung von „Christ und Welt“ (30. 9. 1962, 4 S. u. Anlage).

tiv genug war¹²⁷. Franz Josef Strauß – ebenfalls mit der politischen Entwicklung der Zeitung unzufrieden – wandte sich brieflich an Studnitz als einen Gleichgesinnten und schlug ihm ein gemeinsames Gespräch mit Gerstenmaier vor¹²⁸. Dieser, seit Gründung der Zeitung Mitgesellschafter, nahm jedoch allenfalls durch eigene Artikel Einfluß auf ihre Linie, auch wenn er häufig von seinen CDU-Parteifreunden dafür verantwortlich gemacht wurde, was in „seiner“ Zeitung stand¹²⁹. Studnitz trat immer wieder für eine Profilierung der Zeitung nach rechts ein: „Der Aufschwung der ‚Zeit‘ hat erst begonnen, nachdem dieses Blatt seinen Zickzack-Kurs aufgegeben und sich eindeutig – links – festgelegt hat. Dieser Markt ist von der ‚Zeit‘ restlos erschlossen und bietet anderen Organen keine Betätigung mehr.“¹³⁰ Gemeinsam mit „Spiegel“ und Studentenblättern würde sie das linksliberale Bürgertum, die sozialistischen Intellektuellen und die akademische Jugend bedienen. Daneben würde für ein eindeutig konservatives Meinungsblatt ein großes Leserpotential brachliegen (als Beispiel nannte er die Bundeswehr). Eine mittlere Linie, wie sie die Redaktion unter Wirsing und seinem Stellvertreter (seit 1967) und Nachfolger (seit 1970) Ulrich Frank-Planitz verfolgte¹³¹, machte er gerade für den Niedergang verantwortlich¹³².

Zu Auseinandersetzungen mit Wirsing führte außerdem die Mitarbeit von Studnitz bei der „Welt am Sonntag“. Schon Studnitz-Artikel in „Christ und Welt“ waren dem Verleger Axel Springer positiv aufgefallen¹³³. Nachdem er gelegentlich für die WamS geschrieben hatte, versuchte deren Chefredaktion ihn als regelmäßigen Mitarbeiter zu gewinnen, was aber am Widerspruch Wirsings scheiterte¹³⁴. Da Studnitz sich jedoch nicht sehr streng an dieses Verbot hielt, gestand ihm Wirsing schließlich gegen Reduzierung seines Gehalts eine Mitarbeit bei der WamS ab 1. 1. 1965 zu¹³⁵. Hier fand er Mitte der sechziger Jahre eine ihm sehr genehme Umgebung. Schon Zeitgenossen unterschieden zwischen einem Studnitz „aus ‚Christ und Welt‘, wo er sich gemäßigt äußert, und aus der ‚Welt am Sonntag‘, wo er seinen Gefühlen freien Lauf lassen kann“¹³⁶.

¹²⁷ Briefe von Armin Mohler an Eugen Gerstenmaier vom 7. 11. 1964 und an Giselher Wirsing vom 17. 7. 1965 (Durchschläge an Studnitz).

¹²⁸ Brief von Franz Josef Strauß vom 25. 6. 1965.

¹²⁹ Frank-Planitz, *Die Zeit, die wir beschrieben*, S. 157. Seit 1951 hatte Georg v. Holtzbrinck 50 % der Anteile der Verlagsgesellschaft, Eugen Gerstenmaier 30 %, Georg Federer und Klaus Mehnert je 10 %; vgl. ebenda, S. 151 f., 168 (Anm. 7).

¹³⁰ Brief an Georg v. Holtzbrinck vom 12. 9. 1967.

¹³¹ Frank-Planitz, *Die Zeit, die wir beschrieben*, S. 163 f.

¹³² Zur Neugestaltung von „Christ und Welt“ (7 S., Text und Begleitbrief an Gesellschafter, Verlagsleiter und Chefredaktion vom 18. 6. 1968). Fragebogen der Chefredaktion vom 7. 1. 1970 und Antwort von Studnitz vom 8. 1. 1970.

¹³³ Brief von Axel Springer an Studnitz vom 17. 2. 1963. Er bezieht sich auf einen Artikel in „Christ und Welt“, 15. 2. 1963: Duell im Schlangenkorb. „Panorama“ gegen „Bild“.

¹³⁴ Brief von Warnfried Encke an Studnitz vom 14. 8. 1963; dessen Antwort vom 26. 8. 1963.

¹³⁵ Briefe von Wirsing vom 6. u. 21. 10. 1964, von Studnitz vom 8. 10. 1964. Änderung des Vertrages vom 11. 6. 1964 am 15. 12. 1964, Reduzierung des Bruttogehalts von 3000 auf 2000 DM.

¹³⁶ Alard v. Schack in der „Zeit“ vom 5. 1. 1968: Von der Urkraft der Blechmusik (Rezension zu: *Rettet die Bundeswehr*).

Liberales und gemäßigt konservative Mitarbeiter hatten in den vorangegangenen Jahren in zunehmendem Maße die Blätter der Welt-Gruppe verlassen¹³⁷. Für den neu proklamierten nationalen Kurs standen Namen wie Martini, Mohler, Matthias Walden, William S. Schlamm und eben Studnitz¹³⁸. Er hat das Bild der neokonservativen Springer-Publizistik für einige Jahre entscheidend mitgeprägt und blickte später in einem Brief an Springer nicht ohne Stolz darauf zurück: „Meine wöchentlichen Stellungnahmen in der WamS identifizierten mich als eine der führenden Federn Ihres Hauses. Als Hans Dieter Müller 1968 seine polemische Studie über den Springer-Konzern veröffentlichte, fand ich darin nicht weniger als neunzehn Mal Erwähnung.“¹³⁹

Studnitz engagierte sich auch gegen die Anti-Springer-Kampagne jener Zeit. Er sah die Medien überwiegend von Linksintellektuellen beherrscht, deren Domänen für ihn in den Rundfunk- und Fernsehanstalten lagen¹⁴⁰. „Ihre Intendanten ... halten eine viel größere Macht in den Händen als Axel Springer. Die Gefahr, daß sie mißbraucht wird, ist zumindest ebenso gegeben wie beim Springer-Konzern. Erfahrungen mit Panorama bestätigen dies immer wieder. Springer spielt mit eigenem Einsatz, die Rundfunkanstalten mit öffentlichen Geldern.“¹⁴¹ Sie waren für ihn „verschleierte Staatsbetriebe“¹⁴², und er deutete die Gefahr einer Entwicklung von staatlich kontrollierten „Meinungsbeamten“, vergleichbar dem Ostblock, an. Diese Tendenzen verbargen sich für ihn auch hinter den Bestrebungen gegen die Übermacht Springers – vertreten von jenen linken Kräften, die hier noch Widerspruch gegen ihr angebliches Meinungsmonopol sahen: „Die Springer-Presse soll zum Schweigen gebracht werden, weil sie für die Wiedervereinigung steht und weil sie gegen die Mauer kämpft. Weil sie Westberlin nicht der Anarchie einer Minderheit überantwortet sehen möchte. Weil sie in diesem Wunsch einiggeht mit der Westberliner Bevölkerung.“¹⁴³ Dagegen meinte Studnitz: „Die Presse kann ihre Unabhängigkeit nur bewahren, wenn sie materiell stark bleibt. ... Die größte Gefahr, die der freiheitlichen Ordnung heute droht, ist der Versuch, die in Privathand befindlichen Elemente der Meinungsbildung zu sozialisieren. ... Der Bundestagsausschuß, der sich demnächst mit der Frage der Pressekonzentration befassen will, sollte wissen, worum es geht. Nur ein Beispiel: Das neue große Springer-Druckhaus an der Mauer konnte nicht von einem Westberliner Blatt erstellt werden. Es bedurfte hierzu des Rückhalts eines Großunternehmens, ...“¹⁴⁴ – der Verleger bedankte sich brieflich bei sei-

¹³⁷ Vgl. Müller, *Der Springer-Konzern*, S. 165.

¹³⁸ Ebenda, S. 168 ff.

¹³⁹ Brief an Axel Springer vom 11. 12. 1974.

¹⁴⁰ WamS, 2. 5. 1965: Die Wahrheit ist: Links immer lauter. Vgl. dazu Leserbrief von Axel Eggebrecht in WamS, 9. 5. 1965: Die „Linken“ und „Rechten“.

¹⁴¹ WamS, 24. 9. 1967: „Enteignet Springer“.

¹⁴² Brief an den Intendanten des Süddeutschen Rundfunks, Hans Bausch, vom 28. 9. 1967. Dieser hatte sich in einem Brief vom 25. 9. 1967 kritisch zu dem Artikel in der WamS vom 24. 9. 1967 geäußert.

¹⁴³ WamS, 24. 9. 1967: „Enteignet Springer“.

¹⁴⁴ WamS, 8. 5. 1966: Gefahr durch Staatsmonopol.

nem Autor dafür, „Mut zur Größe auch im Hinblick auf Zeitungshäuser“ zu propagieren¹⁴⁵.

Am Verhältnis von Studnitz zu „Christ und Welt“ und „Welt am Sonntag“ lassen sich Wandlungsprozesse der konservativen Nachkriegspublizistik aufzeigen. Als Studnitz nach dem Krieg bei „Christ und Welt“ zu schreiben begonnen hatte, entsprachen seine konservativ-elitären, nationalistischen, antiwestlichen wie antikommunistischen Positionen der Linie der Zeitung¹⁴⁶. Die weitere Entwicklung des Blattes spiegelt jedoch Tendenzen einer Modernisierung und „Liberalisierung“ des Konservatismus seit Ende der fünfziger Jahre, die Studnitz nicht mitmachte¹⁴⁷. Giselher Wirsing erwies sich dagegen – wohl besonders unter dem Druck jüngerer Mitarbeiter – als flexibler, wie auch noch am Beispiel seines Widerstands gegen die Studnitzschen Bücher mit konservativen Angriffen auf Bundeswehr und Kirche gezeigt werden soll. Die „Welt am Sonntag“ bot Studnitz hingegen ein Forum für seine Auffassungen, allerdings weniger „bildungsbürgerlich“ als bei „Christ und Welt“, mehr auf ein Massenpublikum zugeschnitten. In seiner Bereitschaft, dieses Forum zu nutzen und gegen Angriffe zu verteidigen, erscheint er in gewisser Hinsicht sogar wieder „moderner“ als Wirsing. Dieser weigerte sich, Studnitz die Spalten seiner Zeitung für eine Verteidigung Springers zur Verfügung zu stellen, wobei auch seine durch ein konservatives Kulturverständnis geprägte Reserve gegenüber der Springerschen Massenpresse deutlich wird¹⁴⁸. Bei Studnitz mag dagegen die Prägung durch die Tradition der Hugenberg-Presse eine Rolle gespielt haben. Seine inhaltlichen Positionen standen jedoch einer Modernisierung oder gar Demokratisierung des Nachkriegskonservatismus eindeutig entgegen, wie in den folgenden Kapiteln an Beispielen aus seiner Publizistik analysiert werden soll.

¹⁴⁵ Brief von Axel Springer vom 13.5. 1966.

¹⁴⁶ Schildt, Deutschlands Platz, S. 357f.

¹⁴⁷ Axel Schildt, Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Strömungen in den 50er Jahren, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau, Bonn 1993, S. 627–635, hier S. 633f. Während „Christ und Welt“ zur Bundestagswahl 1949 gegenüber der insgesamt nicht als konservativ empfundenen CDU einen distanziernten Standpunkt einnahm (siehe Anm. 146), machte Wirsing sich 1962 Sorgen über das Verprellen des „eigentlichen CDU-Lesers“ durch Studnitz' deutschnationale Positionen (siehe Anm. 121).

¹⁴⁸ Fast der gleiche Artikel, den Studnitz dann in der WamS vom 24. 9. 1967 veröffentlichte („Enteignet Springer“), liegt für „Christ und Welt“ schon gesetzt vor (15. 9. 1967), ist dann aber nicht erschienen. Wirsing lehnte es in einem Brief an Studnitz vom 12. 9. 1967 ab, „wie Parzival uneingeschränkt für Axel [zu] reiten“, der „nie einen Finger für uns krümmen würde. Gegen die Verteufelung Springers wird man etwas sagen dürfen, aber man kann ihn nicht zum Helden machen. Das rechtfertigt sein Opportunismus nicht.“ In diesem Zusammenhang bezeichnete er „BZ“ und „Bild“ als „das unterste vom unteren“.

VII.

In den sechziger Jahren veröffentlichte Studnitz fünf Bücher. Den Anfang machte sein Tagebuch der Kriegsjahre, das nur ein sehr begrenztes Bild jener Zeit und seiner damaligen Tätigkeit liefert. Ein Kritiker nannte es „halb Klatschspalte, halb Jünger-Imitation“¹⁴⁹, während Ernst Jünger, dem Studnitz ein Exemplar hatte zukommen lassen, die Aufzeichnungen als „anschaulich, dicht und präzise“ lobte¹⁵⁰. Die folgenden vier Bücher zu zeitpolitischen Themen erschienen alle im Stuttgarter Seewald-Verlag. Dieser hatte sich damals mit einem Mitte-Rechts-Programm, das von Sozialdemokraten wie Fritz Erler, Karl Schiller und Helmut Schmidt bis zu Armin Mohler und William S. Schlamm reichte, als einer der renommiertesten Verlage für politische Bücher etabliert¹⁵¹.

1964 erschien Studnitz' Buch zur deutschen Außenpolitik mit dem zugkräftigen Titel „Bismarck in Bonn“¹⁵². Zu Beginn widersprach Studnitz einer These von Toynbee, Bismarck würde heute für die Wiedervereinigung den Preis des Verzichts auf die Ostgebiete zahlen. Dieser hätte sich nie mit Zuständen zufriedengegeben, die seinen Überzeugungen widersprachen, und es ließe sich ein Bismarck „in Bonn nicht entbehren, wenn statt bundesrepublikanischer eines Tages deutsche Politik getrieben werden soll“¹⁵³. Studnitz bedauerte, daß die Außenpolitik nicht mehr, wie vor 1918, von wenigen dazu Berufenen betrieben wurde. Die Krise der Diplomatie sei „vor allem eine Persönlichkeitskrise, die sich von der Krise der modernen Gesellschaft und der Auflösung der Schichten, die das diplomatische Gewerbe zu einer subtilen Kunst entwickelt haben, nicht trennen läßt“. Nach der Oktoberrevolution sei die Diplomatie immer mehr in den Sog der „politischen Weltreligionen der Demokratie und des Kommunismus“ geraten. Die Bolschewisten habe man jahrzehntelang nicht mit abendländischen Maßstäben messen können. „Nach dem zweiten Weltkrieg traten endlich Sowjetdiplomaten auf, die erkennen ließen, daß die Russen wieder Menschen geworden waren.“ Aber auch die hemdsärmeligen amerikanischen „Cocktaildiplomaten“ sowie die Vereinten Nationen seien dafür verantwortlich, daß Demagogie an die Stelle einer verantwortungsvollen Geheimdiplomatie getreten sei¹⁵⁴. Der „amerikanische Antikolonialismus, die abstruse Idee, die Demokratie Völkern zu bringen, die weder die geistigen noch die materiellen Voraussetzungen dafür besitzen“, sei für große Teile des Chaos der heutigen Welt verantwortlich¹⁵⁵.

¹⁴⁹ Müller, *Der Springer-Konzern*, S. 275, zu Studnitz, Als Berlin brannte.

¹⁵⁰ Brief von Ernst Jünger vom 15. 12. 1963.

¹⁵¹ Vgl. Klaus Kamberger, *Kampf der Routinepolitik*. Der Seewald-Verlag, in: *Test*, 1966, H. 1, S. 48 f. (Artikel im Nachlaß).

¹⁵² Studnitz, *Bismarck in Bonn* (siehe Anm. 84). Die erste Auflage von 5000 Stück war trotz des relativ hohen Preises von 20 DM nach einigen Monaten vergriffen und 1965 folgte eine zweite (vergleiche Brief an Klaus Harpprecht vom 26. 1. 1965 mit Bitte um Rezension).

¹⁵³ Ebenda, S. 7 f.

¹⁵⁴ Ebenda, S. 292, 303 f.

¹⁵⁵ Ebenda, S. 124.

Den von ihm beklagten politischen Defätismus der Deutschen in den sechziger Jahren führte Studnitz darauf zurück, daß sie nach 1945 die Rolle von „Berufsbesiegten“ angenommen hätten. Aufgrund der Belastung durch den aus der Vernichtung der Juden erwachsenen Schuldkomplex stünden sie in einer unmoralisch gebliebenen Welt Forderungen, die sie „mit dem Fluch des Gestrigen belasten, um Ausgangspositionen für politische Geschäfte zu gewinnen, hilflos gegenüber“. Studnitz empfahl, „das kriminelle Erbe des Nationalsozialismus schneller und geräuschloser zu liquidieren“, um Anklagen aus dem Ausland zu verhindern und so das außenpolitische Selbstbewußtsein der Deutschen zu stärken¹⁵⁶.

Adenauers Verdienst sei es gewesen, der deutschen Politik Ziele gewiesen zu haben, die kurzfristig erreicht werden konnten: Westintegration, wirtschaftlicher Wiederaufbau, Schaffung der Bundeswehr im Rahmen der NATO. Der Verlust der deutschen Mittellage, der Wegfall der preußisch-ostdeutschen Komponente, die ihm immer unheimlich war, habe den Rheinländer Adenauer dazu gebracht, die Bundesrepublik als Territorium an der Peripherie des amerikanischen Machtbereichs zu begreifen. Er habe sich für Amerika und für Frankreich entschieden, den stärksten und den nächsten Nachbarn – für ersteren aus Pragmatismus, für letzteren aus Sympathie. Es bleibe offen, ob ein anderer Kanzler daneben auch die „russische Karte“ hätte spielen können, ohne die Integrität der Bundesrepublik zu gefährden. „Die Universalität Bismarcks ging Adenauer ab.“ Jetzt sei es an der Zeit, über das Erreichte hinauszugehen: „Das Werk Adenauers ist unvollendet geblieben. Die Wiedervereinigung der nach dem Kriege auseinandergerissenen Teile West-, Mittel- und Ostdeutschlands steht aus. Eine Wehrmacht konnte nur unter der Voraussetzung ihrer Einschmelzung in die NATO errichtet werden. Die Bundesrepublik hat die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht gewonnen und ist im letzten Sinne nicht souverän. Ihren der NATO unterstellten Streitkräften bleiben Atomwaffen versagt.“¹⁵⁷

Wiedervereinigung und Rückgewinnung der Ostgebiete waren für Studnitz die selbstverständlichen Hauptziele deutscher Außenpolitik. Er wandte sich gegen die offizielle Formel von „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“. Eine friedliche Wiedervereinigung würde die Sowjetunion nur um den Preis der Bolschewisierung Westdeutschlands unter Preisgabe der Freiheit zulassen. Eine Wiedervereinigung in Freiheit würde die Beseitigung des politischen Systems in der Ostzone voraussetzen. Das sei mit friedlichen Mitteln kaum möglich, da die Sowjets es mit Waffengewalt verteidigen würden. Daher hielt Studnitz nichts von „Beteuerungen deutscher Friedfertigkeit“ durch die Politiker und „Gewaltverzicht“, die niemand ihnen abverlangt¹⁵⁸. „Revisionismus läßt sich nicht treiben, indem man die Welt von seiner Harmlosigkeit überzeugt.“¹⁵⁹ Die deutsche Einheit sei nur durch eine Änderung der

¹⁵⁶ Ebenda, S. 14 ff.

¹⁵⁷ Ebenda, S. 26 ff.

¹⁵⁸ Ebenda, S. 39 ff.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 73.

sowjetischen Politik zu erreichen. Man solle die Tatsache ausnutzen, daß das russische Sicherheitsbedürfnis nicht von der russischen Angst vor den Deutschen zu trennen sei: „Im Umgang mit Moskau sollte sich die Bundesregierung an das Bismarcksche Wort halten, daß ehrliche Politik am ehesten zum Ziele führt, auf Unschuldsbeteuerungen verzichten, den Russen ihre Deutschenfurcht nicht ausreden, sondern in ihr ein Aktivum der deutschen Politik sehen.“¹⁶⁰ Wenn er wiederholt das Fehlen einer deutschen Ostpolitik beklagte – deren Notwendigkeit er in der Tradition geopolitischer Denkweise aus der „Mittellage“ Deutschlands ableitete, „die etwas anderes ist als die Randlage der Bundesrepublik“¹⁶¹ –, meinte er vor allem diese Politik eines politischen und militärischen Drucks auf Moskau. Neutralistische Lösungen (etwa durch Austritt aus der NATO) lehnte er ab¹⁶². Er zeigte aber auch die historische Linie einer wünschenswerten deutsch-russischen Verständigung vom 18. Jahrhundert über Bismarcks Rückversicherungsvertrag bis zum Hitler-Stalin-Pakt auf¹⁶³ – wünschenswert seiner Ansicht nach sowohl im Hinblick auf Handlungsfreiheit gegenüber dem Westen wie auf Kosten Polens. Die unter dem damaligen Außenminister Gerhard Schröder eingeleitete Verständigungspolitik gegenüber den anderen Ostblockstaaten, etwa durch Errichtung von Handelsmissionen, lehnte er dagegen ebenfalls ab, da sie nur die dortigen sowjetischen Satellitenregierungen stärken würde. „Aufgabe unserer Politik ist nicht die Versöhnung mit einem kommunistischen Polen, sondern die Annullierung polnischer Annexionen deutschen Gebiets.“¹⁶⁴

Mit diesem Wunsch nach revisionistischer Ostpolitik stellte Studnitz sich ebenso in die Tradition von Auffassungen, die er schon vor 1945 vertreten hatte, wie mit seiner Distanz zum angelsächsischen Westen. Er warnte vor der angeblich traditionell freundschaftlichen Haltung der Deutschen gegenüber England, welches immer nur seine egoistischen Interessen verfolgt habe und zudem zu einer zweitrangigen Macht herabgesunken sei¹⁶⁵. Die Unterordnung unter die amerikanische Außenpolitik lag für ihn auch nicht mehr im Interesse einer gestärkten Bundesrepublik. Seitdem Kennedy eine auf Ausgleich mit der Sowjetunion gerichtete Politik betrieb, seien die Amerikaner am Status quo in Europa interessiert, und eine aktive Förderung der Wiedervereinigung sei von ihnen nicht zu erwarten. Daher begrüßte er de Gaulles unabhängige Politik gegenüber Amerika: Vor allem in der Schaffung einer eigenständigen französischen Atomstreitmacht und in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China sah er wichtige Anknüpfungspunkte für die deutsche Politik. Wenn Frankreich der Bundesrepublik das ihr von den USA verweigerte atomare Mitspracherecht einräumen würde, bestünde die Chance zur Schaffung einer dringend notwendigen europäischen Atommacht. Den von der Regierung Erhard ausgespro-

¹⁶⁰ Ebenda, S. 180.

¹⁶¹ Ebenda, S. 214.

¹⁶² Vgl. ebenda, S. 182ff.

¹⁶³ Vgl. ebenda, S. 155ff.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 215.

¹⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 97ff.

chenen Verzicht auf die Aufnahme von Handelsbeziehungen zu China bezeichnete er als Kapitulation vor den Interessen Amerikas. Durch enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zu China könne die Bundesrepublik einen starken Druck auf die Sowjetunion ausüben, während die USA angesichts des Vietnamkriegs gerade an Entspannung mit Moskau und an einem schwachen China interessiert seien. „Mit der französischen Atommacht erwächst Europa dem amerikanischen Protektorat. Durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China hat sich Frankreich eine weltpolitische Bewegungsfreiheit verschafft, die ganz Europa zugute kommen kann. In seiner Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Imperialismus wird sich Europa auf eine Macht zu stützen vermögen, die als Anlieger der Sowjetunion in Gegensatz zu Moskau geraten ist. Der amerikanische Verbündete, der seinen Gegensatz zu Moskau abbaut, wird an Bedeutung verlieren, sobald die europäische Zusammenarbeit mit China Wirklichkeit geworden ist.“¹⁶⁶

Diese Vorstellungen spiegeln auch den seinerzeitigen Konflikt zwischen „Gaullisten“ (vor allem CSU-Politikern wie Strauß und Freiherr zu Guttenberg, aber auch Adenauer und Gerstenmaier), die eine Zweierunion mit Frankreich als Kern eines sich daraus entwickelnden Europa anstrebten, und der Mehrheit der „Atlantiker“ um Bundeskanzler Erhard und Außenminister Schröder, die sich gegen eine allzu exklusive Beziehung zu Paris zu Lasten der Bindung an Amerika aussprachen¹⁶⁷. Studnitz lehnte Schröder und seine Politik ab¹⁶⁸ und bewunderte de Gaulle¹⁶⁹, „der das Luftschloß des ‚Vaterland Europa‘ mit der Konzeption des ‚Europa der Vaterländer‘ zu unterfangen suchte“. Die Wurzeln des deutschen Antigaullismus lagen für ihn „wie die des Philosemitismus oder Negrophilie im Nachholbedarf für nicht geleisteten Widerstand gegen Hitler. Leute, die gestern für Hitler waren, suchen sich heute ein Alibi zu verschaffen, indem sie de Gaulle kritisieren.“¹⁷⁰ Umgekehrt kann man die Bewunderung für eine autoritäre Figur wie de Gaulle, einen General, der in Frankreich eine Präsidialverfassung einführte und eine national orientierte Politik verfolgte, aus Studnitz' Prägung durch obrigkeitstaatliche, militärische und nationalistische Vorstellungen – vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus – erklären. In seinen Erinnerungen schilderte Studnitz seine Eindrücke von de Gaulle in einem Atemzug mit den Begegnungen mit den Diktatoren Franco und Salazar, die ihm beide 1964 Interviews gaben, und die er auch nicht ohne Sympathie beschrieb¹⁷¹. Ein wesentlicher Punkt des Interviews mit Franco war dessen Zustim-

¹⁶⁶ Ebenda, S. 118. Vgl. die Kritik der amerikanischen Außenpolitik, in: Christ und Welt, 12. 1. 1962: Kennedy ist ein Fragezeichen geblieben.

¹⁶⁷ Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 99 ff.

¹⁶⁸ Christ und Welt, 8. 1. 1965: Des Wählers Recht auf reinen Wein. In einem Brief an Klaus Harpprecht vom 26. 1. 1965 verglich er Schröder „hinsichtlich seiner Kontaktarmut, seines Mangels an Phantasie, seiner Arroganz und seines Ehrgeizes“ mit Ribbentrop.

¹⁶⁹ Christ und Welt, 29. 12. 1961: Charles de Gaulle (Porträt); ebenda, 13. 11. 1970: Der letzte der Giganten (Nachruf).

¹⁷⁰ Vgl. Studnitz, Bismarck in Bonn, S. 90 f.

¹⁷¹ Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 143–147.

mung zur Konzeption des „Europas der Vaterländer“ und zur französischen Atomstreitmacht¹⁷². An Portugal bewunderte Studnitz, daß es als letzte klassische Kolonialmacht den größten Teil seines überseeischen Besitzes halten konnte. Er nannte Salazar einen der bedeutendsten Staatsmänner des Jahrhunderts¹⁷³ und rechnete sein Regime, „das in vielem an einen Ständestaat erinnerte, ... trotz seiner Verwandtschaft zum klassischen Faschismus unter die größten Leistungen europäischer Geschichte in diesem Jahrhundert“¹⁷⁴.

Zustimmung zu seinem Buch bekam Studnitz unter anderem von Franz Josef Strauß¹⁷⁵ und von seinem ehemaligen Chef Paul Karl Schmidt, der ihn als Sprecher einer „sich langsam formierenden intellektuellen europäischen Rechten“ lobte¹⁷⁶. Die Spannweite der Kritik reichte von Helmut Lindemann im „Vorwärts“ („die politische Weltanschauung eines deutschnationalen Junkers“)¹⁷⁷ bis zum Leiter des Ressorts Politik der „Welt“, Kurt Becker, der sich unter anderem durch die Verächtlichmachung Amerikas irritiert fühlte und schrieb: „Soviel Richtiges über die Preisgabe deutscher Interessen zugunsten mächtiger Verbündeter gesagt wird, der Gedanke, daß ein deutscher Politiker auch nur einen Teil der Ideen des Autors übernehme, ließe uns erschauern.“¹⁷⁸

Als Ursachen für den angeblichen politischen Defätismus der Deutschen nannte Studnitz die Entfremdung vom Begriff des Vaterlandes durch die Propagierung Europas, das Fehlen einer preußischen Staatsauffassung und vor allem eine Wohlstandsgesellschaft, die nicht mehr die Kraft habe, für die Wiedervereinigung Opfer zu bringen¹⁷⁹. Diese Gesellschaft wurde zum Thema seines nächsten Buches „Glanz und keine Gloria“¹⁸⁰. Es handelt sich um eine Sammlung von Glossen zu Einzelthemen, deren Form satirisch gemeint war und deren Inhalt sich in keiner Weise mit fundier-

¹⁷² Christ und Welt, 15.5. 1964: Franco für de Gaulles Atommacht.

¹⁷³ Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 146. Das Interview in Christ und Welt, 4.9. 1964: Salazar glaubt an brasilianische Lösung für Afrika (dazu Korrespondenz) im Nachlaß.

¹⁷⁴ Christ und Welt, 20.9. 1968: Das Erbe Antonio Salazars. Ein anderes Beispiel für die Sympathie konservativer deutscher Publizisten für das Salazar-Regime ist der Beitrag des außenpolitischen Mitarbeiters der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“, Max Walter Clauss, Salazars autoritäres Regime in Portugal, in: VfZ 4 (1957), S. 579–587. Clauss hatte vor 1945 als außenpolitischer Ressortleiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und deren Korrespondent in Portugal ab 1943 informelle Kontakte zur Presseabteilung des Auswärtigen Amtes; vgl. Longerich, Propagandisten, S. 316.

¹⁷⁵ Brief von Franz Josef Strauß vom 25.6. 1965: „Man mag über die eine oder andere Frage anderer Meinung sein, aber die generelle Kritik ist berechtigt. Erfahrungen und Beobachtungen der letzten Tage haben mich in dieser meiner Ansicht noch bestärkt.“

¹⁷⁶ WamS, 27.9. 1964 (unter dem Pseudonym P. C. Holm): Bismarck in Bonn.

¹⁷⁷ Vorwärts, 6.1. 1965: Vergebliche Beschwörung Bismarcks.

¹⁷⁸ Die Welt, 29.10. 1964: Lauter Ruf nach deutscher Unruhe. Zu Becker, der Anfang 1966 von der „Welt“ zur „Zeit“ wechselte, siehe Müller, Der Springer-Konzern, S. 170f.

¹⁷⁹ Vgl. Studnitz, Bismarck in Bonn, S. 24f.

¹⁸⁰ Hans-Georg von Studnitz, Glanz und keine Gloria. Reise durch die Wohlstandsgesellschaft, Stuttgart 1965.

ten Gesellschaftsanalysen vergleichen läßt¹⁸¹. Studnitz beklagte vor allem den Verlust einer Elite in der Art der adlig-großbürgerlichen Gesellschaft der Zeit vor 1918. Deren Auflösung habe schon in der Weimarer Republik und im Dritten Reich begonnen. „Im Nationalsozialismus gingen Kleinbürgertum und Arbeiterschaft eine Zweck-ehe ein. Gemeinsam betrieben sie die Auflösung der alten Gesellschaft, die in Rest-positionen wie Armee, Verwaltung und Diplomatie, in Landwirtschaft und Industrie ein unerwartetes Beharrungsvermögen gezeigt hatte. Nach dem 20. Juli 1944 strebte der Nationalsozialismus die Liquidierung dieser Schicht an, ein Ziel, das auch Hitlers Kriegsgegner in Deutschland verfolgten.“ Indem er diese Schicht pauschal in Wider-spruch zum Nationalsozialismus setzte und damit ihre Verstrickungen (für die ja auch sein eigenes Leben ein Beispiel bietet) leugnete, rettete er sein Ideal für die Kri-tik der Nachkriegsgesellschaft. Diese zeichnete er als materialistische „Behagensge-sellschaft“ ohne Wertvorstellungen: „Freiheit von Not wird höher quotiert als Frei-heit von Fremdherrschaft“¹⁸². Statt von einer kultivierten Elite sah er das gesell-schaftliche Leben von neureichen, Arbeit und Genuß hingeebenen Spießern und Wohlstandsbürgern beherrscht. Er beklagte den Verlust von Leitbildern (vor allem militärischen) auf Kosten des Kults um das Statussymbol Auto, um Popstars und Sportler, sowie die Überschätzung von Professoren und Wissenschaft und die Narrenfreiheit für Intellektuelle, die den Staat kritisierten, auf dessen Kosten sie meist lebten.

Ein Beispiel für seine Aversionen gegen eine moderne Gesellschaft liefert sein Frauenbild. Nachdem er zunächst in der üblichen Manier des Buches eine Karikatur der (auch von ihrem Gatten so angesprochenen) „Mutti“ als weiblichem Prototyp der Bundesrepublik entworfen hatte, kam er zu einem wesentlichen Punkt seines Unbehagens: „Mutti bestimmt die Politik. Adenauer und Erhard verdanken ihre Mehrheit den Muttis, die in ihnen Garanten voller Lohntüten wähten . . . Mende gilt als schöner Mann, Brandt als Exponent von sex appeal. Sie eroberten den Vor-sitz ihrer Parteien, weil sie den Muttis gefielen . . . Einen Staat, in dem die Muttis nicht mit einem ‚Kind, das verstehst du nicht‘ verscheucht werden, . . . hat es – bis-lang – in Deutschland nicht gegeben.“¹⁸³ Bei aller Verzerrung zeichnete er hier ja immerhin das Bild einer recht selbständigen, am politisch-gesellschaftlichen Leben beteiligten Frau – besonders im Vergleich mit der von ihm vermißten „Dame“. Die rechnete er zu „den Gegenständen, die sich anbeten, aber nicht analysieren lassen“: „Sie war vollkommen ungebildet, ohne es zu bemerken . . . Jeden Sonntag besuchte sie den lieben Gott in der Kirche, die ihr Mann gestiftet hatte. . . . Politisch war sie nicht interessiert. . . . Von Sozialisten hatte sie eine Vorstellung wie von Tiefseefi-

¹⁸¹ Im gleichen Jahr wie „Glanz und keine Gloria“ erschien Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965. Zu beiden Büchern erschien in der „Frankfurter Neuen Presse“ Nr. 299, 1965, eine Doppelrezension von Gerhard Schult, in der Studnitz' Buch als „Satyrspiel zur Tragödie“ bezeichnet wurde.

¹⁸² Studnitz, *Glanz und keine Gloria*, S. 11 f.

¹⁸³ Ebenda, S. 59.

schen.¹⁸⁴ Im Vergleich mit seinen gesellschaftlichen Idealen kam Studnitz zu dem Schluß: „Die Wohlstandsgesellschaft ist keine restaurative Gesellschaft. Sie hat mit dem Gestern fast nichts gemein.“¹⁸⁵ Angesichts dieser Feststellung fragte Gerd-Klaus Kaltenbrunner in seiner Rezension: „Ist uns also der lange verhinderte Sprung in die Moderne gelungen? Sollen wir deshalb über unseren Anschluß an die demokratisch-liberale Zivilisation frohlocken?“¹⁸⁶ Während der Konservative Kaltenbrunner eher das Unbehagen über diese Entwicklung teilte, faßte ein Kritiker aus einer anderen Generation, das spätere APO-Mitglied Rainer Langhans, sein Urteil zu dem Buch in dem Satz zusammen: „Studnitz' launige Kritik an niveaulosem Glanz wächst sich letztlich zu dessen handfester Empfehlung aus.“¹⁸⁷

Das folgende Buch – „Rettet die Bundeswehr!“¹⁸⁸ – war ein Angriff auf das Konzept der „Inneren Führung“ und des „Staatsbürgers in Uniform“. Auch dieses Buch durchzieht die Kritik an Wohlstandsgesellschaft und verweichlichter, disziplinloser Jugend. Studnitz wünschte sich eine Armee, die im Inneren als „Schule der Nation“ und als Kristallisationspunkt für ein Staatsgefühl dienen sollte und gegenüber dem Ausland in der Lage war, Furcht zu verbreiten. Er forderte die Wiederherstellung einer Militärgerichtsbarkeit, Verschärfung des Disziplinarrechts, straffere Handhabung der Wehrpflicht und Bekämpfung der Drückebergerei. Bürger sollten erst nach Ableistung eines Wehr- oder Ersatzdienstes in den Genuß des Wahlrechts kommen. Durch Verbot einer Verbandstätigkeit wie im Bundeswehrverband oder in der ÖTV wollte er die Bundeswehr entpolitisieren¹⁸⁹ (1966 hatte die ÖTV das Recht erstritten, unter den Soldaten Mitglieder zu werben, und der Vater des Konzepts der Inneren Führung, Graf Baudissin, war demonstrativ der ÖTV beigetreten). Zur Traditionspflege hielt er den Rückgriff auf ruhmreiche Regimenter der Armeen des Kaiserreichs, der Reichswehr und Wehrmacht für unerlässlich, die Bezugnahme auf den 20. Juli 1944 hingegen für falsch. Eine Rebellion, so ehrenwert ihre Motive auch gewesen sein mögen, würde keine Maßstäbe für Disziplin und Moral setzen. Außerdem plädierte er für einen nationalen Oberbefehl beim Bundespräsidenten, eine starke und qualifizierte Persönlichkeit als Verteidigungsminister, der sein Amt über einen längeren Zeitraum (wenigstens zwei Legislaturperioden) bekleiden solle, einen militärischen Staatssekretär, die Befehls- und Kommandogewalt eines Generalinspektors im Rang eines Ministers und die Abschaffung des Wehrbeauftragten. Wieder sprach er sich für stärkere Autonomie im Rahmen der NATO einschließlich deutscher Atombewaffnung aus.

¹⁸⁴ Ebenda, S. 52ff.

¹⁸⁵ Ebenda, S. 59.

¹⁸⁶ Die Zeit, 4.2. 1966: Restaurativer Staat?

¹⁸⁷ Das Argument, Februar 1966, S. 76.

¹⁸⁸ Hans-Georg von Studnitz, *Rettet die Bundeswehr!*, Stuttgart 1967.

¹⁸⁹ WamS, 14. 8. 1966: Nun eine „Gewerkschafts-Armee“? Er befürchtete u. a., daß die Gewerkschaften über ihre Mitglieder in der Armee ihnen nicht genehme Befehle, z. B. bei der Anwendung von Notstandsgesetzen, boykottieren könnten und daß sich letztlich eine Entwicklung, die „beim Soldatenrat enden kann“, anbahnte.

Die Bundeswehr war in den sechziger Jahren noch stark durch die Gleichzeitigkeit von Reformvorstellungen einer kleinen Gruppe reformerischer Planer im Führungsstab und restaurativer Tendenzen in der Praxis geprägt¹⁹⁰. Angesichts des Erfolgs des Studnitzschen Buches, das in den Medien breit diskutiert wurde und unter Soldaten auf Interesse und oft positive Resonanz stieß¹⁹¹, ließ die Bundeswehrführung Anfang 1968 kritische Anmerkungen dazu verteilen¹⁹². Hier wurde seinen Vorstellungen entschieden widersprochen: Sie würden die Entstehung einer offenen, pluralistischen Gesellschaft ignorieren, deren Geist sich auch eine Armee nicht entziehen könne, wenn sie nicht zum „Staat im Staate“ werden wollte. Sie zielten auf eine Restauration, die weder durchführbar noch wünschenswert sei. Studnitz' Forderungen bezüglich Oberbefehl usw. liefen letztlich darauf hinaus, die Armee der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen, und würden das parlamentarische System in seinen Grundlagen berühren. Studnitz bekannte sich in seiner Antwort zu seiner Distanz zu Pluralismus und Parlamentarismus: Er trage den gesellschaftlichen Veränderungen sehr wohl Rechnung. Da er davon ausgehe, daß Moral und Disziplin heute schwerer aufrecht zu erhalten seien, verlange er „die Anpassung an diese Verhältnisse – nicht durch Abbau der Autorität der Vorgesetzten, sondern durch ihre Stärkung“. Die parlamentarische Demokratie sei für ihn keine heilige Kuh. Im Unterschied zu den Vertretern der Inneren Führung glaubte er, „daß die Armee nicht Spiegelbild einer fragwürdigen Konsumentengemeinschaft, sondern Vorbild für einen intakten Staat sein sollte“¹⁹³.

„Eine kranke Zeit braucht eine heile Kirche“ – unter diesem Motto entdeckte Studnitz in seinem letzten politischen Buch „Ist Gott Mitläufer?“¹⁹⁴ auch die Rolle der evangelischen Kirche für seine Zeitkritik. Er wandte sich hier gegen eine säkularisierte Kirche, die ihr politisches Engagement über die Aufgabe der Seelsorge stellen würde. Er sah sie als „Mitläufer eines fragwürdigen Fortschritts“ im Gefolge eines herrschenden „Linkskonformismus“. Über weite Passagen ist das Buch ein Pamphlet gegen die Öffnung der Kirche gegenüber Sozialdemokratie, Gewerkschaften und kommunistischen Gruppierungen, ihre Sympathie für protestierende Studenten, Vietnamkriegsgegner, Wehrdienstverweigerer und Anti-Springer-Demonstranten. Staatsfeindliche Tendenzen sah er von der „Theologie der Revolution“ bis zur Arbeit der evangelischen Akademien. Er benannte die „Progressiven und Linksradiakalen“ in

¹⁹⁰ Detlef Bald, „Bürger in Uniform“. Tradition und Neuanfang des Militärs in Westdeutschland, in: Schilde/Sywottek (Hrsg.), *Modernisierung*, S. 392–402.

¹⁹¹ Die erste, zur Buchmesse erschienene Auflage von 4000 Exemplaren war im November 1967 vergriffen, dann erschien eine zweite von gleicher Stärke (vgl. Brief des Verlegers Heinrich Seewald an Studnitz vom 13. 11. 1967). Rezensionen und zahlreiche Leserbriefe im Nachlaß.

¹⁹² Im Nachlaß finden sich die von der Bundeswehrdienststelle Fü S I herausgegebenen Manuskripte: *Anmerkungen zu Studnitz „Rettet die Bundeswehr“* (Fassung vom 3. 1. 1968, 22 S. und Kurzfassung vom 3. 1. 1968, 4 S.).

¹⁹³ *Wehrkunde*, März 1968, S. 122ff.: Eine Antwort an die Kritik.

¹⁹⁴ Hans-Georg von Studnitz, *Ist Gott Mitläufer? Die Politisierung der evangelischen Kirche. Analyse und Dokumentation*, Stuttgart 1969, S. 7.

der kirchlichen Hierarchie und sprach die Befürchtung aus, „daß die Kirche Martin Luthers mehr und mehr zur Kirche Martin Niemöllers wird“¹⁹⁵. Er bestritt der Kirche ein Interventionsrecht in nichtkirchlichen Angelegenheiten durch Stellungnahmen und Denkschriften. In diesen entdeckte er zudem – wie in der Eigentumsdenkschrift von 1962 – sozialistische Gedankengänge oder – wie in der Ost-Denkschrift von 1965 – ein gestörtes Verhältnis zum Vaterland, indem im Gegensatz zur Politik der Bundesregierung die Preisgabe der Ostgebiete empfohlen werde.

Angesichts eines durch seine geistigen Bindungen zum Nationalsozialismus belasteten antidemokratischen Konservatismus der Vorkriegszeit hatten sich nach 1945 viele Konservative auf die Vorstellung einer untrennbaren Synthese von Konservatismus und christlichem Glauben zurückgezogen. Die Identifizierung mit einer „christlich-abendländischen Kultur“ bot ihnen zudem die Möglichkeit, sich gleichermaßen vom kommunistischen Rußland wie vom politisch führenden, aber materialistischen und kulturlosen Amerika abzugrenzen¹⁹⁶. Studnitz hat sich dagegen recht ungebrochen zu deutschnationalen und militärischen Traditionen bekannt, während er an der Dimension Religion, wie Kritiker des Buches richtig bemerkten¹⁹⁷, lange Zeit ein weitgehendes Desinteresse bekundete. Erst angesichts einer zögernden, in den sechziger Jahren aber immer stärker sichtbar werdenden Modernisierung der protestantischen Kirche, die einen Bruch mit nationalkonservativen, staatskirchlichen Traditionen und eine Öffnung zur Gesellschaft bedeutete¹⁹⁸, entdeckte er die Kirche als einen – nun schon gefährdeten – Faktor seines immer weniger der gesellschaftlichen Realität entsprechenden Weltbildes. Ein ihm wohlgesinnter Rezensent wie Eugen Gerstenmaier bemerkte zu Recht: „Studnitz, unklerikal und der theologischen Reflektion mehr ab- als zugeneigt, sah in der Kirche – der Tradition entsprechend, in der er erzogen wurde – vor allem eine Ordnungsmacht.“¹⁹⁹ Sein Ideal war weniger ein „christliches Abendland“ – obwohl man diese Vorstellung auch bei ihm antrifft – als eine nationale Kirche in der Tradition eines „Bündnisses zwischen Thron und Altar“ der von ihm auch in diesem Buch verklärten Zeit vor 1918.

Etablierte Konservative wie Gerstenmaier äußerten zwar Sympathie für das Eintreten von Studnitz gegen linke Zeitströmungen in der Kirche, uneingeschränkte Zustimmung bekam er aber nur aus rechtsprotestantischen Kreisen wie der 1966 gegründeten „Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher“²⁰⁰. Wie sehr er sich mit seinen Auffassungen inzwischen auch am Rande eines zeitgemäßen Konservatismus bewegte, zeigen die Konflikte, die er anlässlich seiner beiden letzten Bücher mit seinem

¹⁹⁵ Ebenda, S. 33.

¹⁹⁶ Schildt, *Ende der Ideologien?*, S. 627–635.

¹⁹⁷ Vgl. Eberhard Stammeler im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt vom 10. 8. 1969: *Wer reitet so spät durch Nacht und Wind?*

¹⁹⁸ Vgl. Christoph Kleßmann, *Kontinuitäten und Veränderungen im protestantischen Milieu*, in: Schildt/Sywotek (Hrsg.), *Modernisierung*, S. 403–417.

¹⁹⁹ *Christ und Welt*, 17. 10. 1969: *Vom Rand her zur Sache*.

²⁰⁰ Vgl. Alexander Evertz, *Ein konservativer Journalist übt Kritik*, in: *Notgemeinschaft-Mitteilungen*, Okt. 1969; Studnitz in: *WamS*, 3. 4. 1966: *Notgemeinschaft deutscher Pfarrer*.

Chefredakteur Giselher Wirsing hatte. Bereits 1966 hatte Wirsing es abgelehnt, einen Artikel von Studnitz zu veröffentlichen, der ähnliche Forderungen wie im Bundeswehr-Buch enthielt, da er sie für undifferenziert und unzeitgemäß hielt²⁰¹. Als das Buch 1967 erschien, zeigte es sich, daß „Christ und Welt“ mit den dort vertretenen Auffassungen identifiziert wurde. Da das Kirchenamt der Bundeswehr damit drohte, den Bezug von 5000 Exemplaren der Zeitung zu kündigen (im Kapitel über Militärseelsorge hatte Studnitz die Kirche schon in ähnlicher Weise angegriffen), und sich führende Bundeswehrvertreter wie Generalinspekteur de Maizière und Militärbischof Kunst bei Wirsing beschwerten, ermahnte dieser seinen Mitarbeiter ernsthaft: Herabsetzende Bemerkungen über führende Persönlichkeiten der Bundeswehr lägen nicht im Interesse der Zeitung, und wenn ihm auch kein Zensurrecht über seine Privatarbeiten zustehe, so fordere er von ihm als Mitglied einer Redaktion, mit Disziplin und Takt alles zu unterlassen, was der Zeitung schade²⁰². Dieser Konflikt konnte beigelegt werden. Als ihm Studnitz in diesem Zusammenhang sein geplantes Buch über die Kirche ankündigte, teilte Wirsing ihm mit, „ein solches Buch könne sicherlich nicht erscheinen, solange Sie im Impressum von ‚Christ und Welt‘ stehen, weil sich unsere Wochenzeitung aus vielerlei Gründen nicht mit dem Establishment der evangelischen Kirche frontal anlegen kann“²⁰³. Studnitz schloß trotzdem ohne Wissen von Wirsing einen Vertrag mit Seewald über das Buch ab und ließ es in Druck gehen. Als Wirsing davon erfuhr, versuchte er vergeblich, das Erscheinen des Buches vor oder zum Kirchentag, der 1969 in Stuttgart stattfand, zu verhindern²⁰⁴. Die Angelegenheit hatte jedoch zur Folge, daß der Name von Studnitz aus dem Impressum gestrichen und sein Angestellten- in einen Mitarbeitervertrag umgewandelt wurde²⁰⁵.

VIII.

Die vier zeitkritischen Bücher von Studnitz durchzieht die Vorstellung des Verlustes von Eliten: einer diplomatischen Kaste, gesellschaftlicher und militärischer Leitfiguren, einer kirchlichen Ordnungsmacht. Diese Vorstellung ist auch für seine Beurteilung des parteipolitischen Lebens wichtiger als die Präferenz für eine bestimmte Partei. Bereits 1950 sprach er von einer „Persönlichkeitskrise“ und forderte ein Mehrheitswahlrecht, das allein die Durchsetzung von Persönlichkeiten gegenüber Berufspolitikern und Parteifunktionären ermöglichen würde²⁰⁶. Die gleichen Vorwürfe fin-

²⁰¹ Brief von Wirsing vom 18.8.1966.

²⁰² Brief von Wirsing vom 14.11.1967.

²⁰³ Brief von Wirsing vom 6.6.1969.

²⁰⁴ Ebenda: Briefe von Studnitz an Wirsing und von Heinrich Seewald an die Verlagsleitung von „Christ und Welt“ vom 11.6.1969.

²⁰⁵ Bis zur Ausgabe vom 27.6.1969 erschien sein Name im alphabetischen Mitarbeiterverzeichnis, ab 4.7.1969 fehlt er (die Ausgaben vom 18. und 25.7.1969 erschienen mit Beilagen zum Kirchentag!).

²⁰⁶ HAZ, 7.3.1950: Gibt es wirklich keine fähigen Leute?

den sich in einem Artikel von 1967: ein falsches Auswahlssystem, mittelmäßige Funktionäre, zumeist Beamte oder Gewerkschaftler, würden den Aufstieg von begabten, vor allem finanziell nicht von der Politik abhängigen Außenseitern blockieren, und die Elite würde daher eher in die Wirtschaft als in Parlament und Staatsdienst drängen²⁰⁷.

Als stellvertretender Chefredakteur von „Christ und Welt“ bekannte Studnitz sich als Sympathisant der CDU²⁰⁸, er hatte aber auch Beziehungen zum nationalliberalen Flügel der FDP. Nachdem diese Adenauer 1961 noch einmal zur Kanzlerschaft verholfen hatte, vertrat Studnitz in einem Brief an den befreundeten FDP-Politiker Knut von Kühlmann-Stumm die Auffassung, daß dessen Partei „überhaupt nur eine Zukunft hat, wenn sie die Koalition schleunigst verläßt und damit zum Sammelbecken aller der Kräfte wird, die mit der CDU unzufrieden sind“²⁰⁹. Die Persönlichkeit Adenauers beurteilte er noch in einem Rückblick auf seine Kanzlerschaft durchaus zwiespältig: Er stilisierte ihn zum „Typus des reinen Politikers, der in diesem Land so überaus selten ist“, ließ aber auch durchblicken, daß er als Ergebnis seiner Politik der Anpassung und Vermeidung von Konflikten nur eine begrenzte Souveränität im Rahmen der Westintegration und ein zweifelhaftes Wirtschaftswunder erreicht sah, während er Schritte in Richtung Wiedervereinigung vermißte. „Der sich so asketisch gebende alte Herr öffnete die Schleusen einer Zeit, die von Askese nichts wissen will. Während er in politischen Kategorien dachte, gewöhnten sich seine Zeitgenossen daran, in Pferdestärken zu denken.“²¹⁰ Später hat er dann die Größe Adenauers im Vergleich mit seinen Nachfolgern immer mehr betont. Ludwig Erhard, die Symbolgestalt der Wohlstandsgesellschaft, entsprach überhaupt nicht seinen Vorstellungen von Elite. Er war für ihn die „Inkarnation des deutschen Menschentypus seiner Zeit“, fortschrittsgläubig und mit Vorliebe für ein kleinbürgerliches Milieu²¹¹. Der FDP warf er nun vor, daß sie durch ihre Koalitionspolitik oft begabte Persönlichkeiten verhindert habe, indem sie etwa dafür gesorgt habe, „daß Adenauer einige Jahre zu früh in den Ruhestand geschickt wurde und Franz Josef Strauß die Wiederaufnahme in die Regierung verweigert blieb“²¹². In diesem Zusammenhang spekulierte er über den Trend zum Zwei-Parteien-System: Die FDP könnte gerade wegen der Durchsetzung liberaler Elemente in CDU und SPD (auf ihrem Weg zur Volkspartei seit dem Godesberger Programm) überflüssig werden.

1966 begrüßte er das Ende der Regierung Erhard. Sein Name stand für ihn für „die Taktik der uferlosen Wahlgeschenke, die Unfähigkeit, der Verschwendung der öffentlichen Hand Einhalt zu gebieten“, während er seine Minister Schröder und Hasel für eine falsche Außen- und Verteidigungspolitik verantwortlich machte. Nur die

²⁰⁷ WamS, 6.10.1967: Die Herrschaft der Unersetzlichen.

²⁰⁸ Brief an Heinrich von Brentano vom 5.4.1963.

²⁰⁹ Brief an Knut von Kühlmann-Stumm vom 13.7.1962.

²¹⁰ Christ und Welt, 4.10.1963: Die Zeit Konrad Adenauers.

²¹¹ Christ und Welt, 18.11.1966: Die Träume Ludwigs des Deutschen.

²¹² WamS, 10.4.1966: Hat die FDP noch eine Zukunft ...?

große Koalition konnte für ihn noch „dem Notstand gerecht werden, in den die Bundesrepublik unter Erhard geraten ist“²¹³. Mit Kiesinger hatte sich die CDU nach seiner Meinung „für einen ihrer Besten“ als Kanzler dieser Koalition entschieden. Hinweise auf dessen Tätigkeit im Dritten Reich (in der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes) wischte er mit dem Argument beiseite, daß man die Geschichte des Staates nun einmal nicht nach 1945 geborenen Leuten anvertrauen könne²¹⁴. In Hinblick auf die parteipolitische Entwicklung verband er mit der Großen Koalition folgende Perspektiven: Die Einführung eines Mehrheitswahlrechts, die damals im Gespräch war, könnte das Ende der FDP bedeuten²¹⁵ – diese hatte sich für Studnitz in diesen Jahren mit Reformvorschlägen etwa zur Deutschland- und Ostpolitik ohnehin disqualifiziert²¹⁶. Von der Regierungsbeteiligung der SPD erhoffte er sich die Beschleunigung ihres Reifeprozesses von einer Klassenkampfpartei zur Volkspartei. Als Garanten dieser Entwicklung nannte er unter anderem Herbert Wehner und Helmut Schmidt, dessen Ansichten zu Wehrfragen er sich verpflichtet fühlte und den er schon 1966 gern als Verteidigungsminister gesehen hätte²¹⁷. Aufgrund innen- und außenpolitischer Reformbestrebungen in der SPD sah er sich jedoch bald in seiner Hoffnung enttäuscht. Sein Wunsch war es gewesen, daß die Wähler sich bei der Bundestagswahl 1969 „zwischen zwei gleichwertigen großen Parteien entscheiden können. Zwischen zwei Volksparteien, die so viel verband und nicht mehr trennte als Demokraten und Republikaner in den USA, Tories und Labour in Großbritannien; Parteien, die getrennt marschieren, aber gemeinsam handeln, wo es um das nationale Selbstverständnis der Deutschen geht.“²¹⁸ „In den großen politischen Zielsetzungen, in der Wahrung der nationalen Belange unterscheidet diese Volksparteien nur wenig. Es sind ihre führenden Persönlichkeiten, für die sich die Wähler entscheiden.“²¹⁹ Die Vorstellung, daß in einem demokratischen Parteiensystem unterschiedliche Interessen einer pluralistischen Gesellschaft miteinander konkurrieren, war Studnitz fremd. Er befürwortete Parteien nur als Instrumente zur Auswahl von Eliten. An diese sollte die Bevölkerung das politische Geschäft delegieren, ohne selbst wirklich an der politischen Willensbildung beteiligt zu sein.

„Die Masse braucht Ausnahmemenschen“, hatte er schon in den fünfziger Jahren geschrieben. Die Kirche habe bei der Aufgabe versagt, dem modernen Massenmenschen die Werte der Persönlichkeit zu erhalten und zu vermitteln. Die neuen Massenreligionen wie Faschismus und Kommunismus hätten die Entpersönlichung in ihrem Interesse vorangetrieben. Diese Lücke hätten die Parteien nach dem Krieg nicht schließen können. Nur einigen Verlegern sei es gelungen, nach ausländischem Vorbild einen Religionsersatz zu schaffen und die Bedürfnisse der Menschen durch die

²¹³ WamS, 30.10.1966: Quo vadis, Erhard?

²¹⁴ WamS, 13.11.1966: Das Erbe Erhards.

²¹⁵ WamS, 27.11.1966: Ein neuer Anfang; ebenda, Die „heiligen Kühe“ der Deutschen.

²¹⁶ WamS, 19.3.1967: Der FDP schlug die „Stunde der Dummheit“.

²¹⁷ Vgl. Studnitz, Rettet die Bundeswehr, S.10, 31.

²¹⁸ WamS, 14.4.1968: Ist die SPD noch eine Volkspartei?

²¹⁹ WamS, 12.5.1968: Eine SPD nach Ernst Blochs Rezept?

„human story, die Schicksale von Menschen, die aus der Masse herausragen“, zu befriedigen. Während Studnitz Berichte über Verbrecher und Filmstars natürlich für fragwürdig hielt, bedeutete der Erfolg von Serien über Fürstenhäuser für ihn, „daß sich im Unterbewußtsein der Massen ein Heimweh nach Institutionen und Symbolen angesammelt hat, die eine gewisse Kontinuität verheißen“²²⁰. 1953 drückte er auch seine Wunschvorstellungen aus, wenn er in einem Artikel über den spanischen Philosophen Ortega y Gasset dessen Ausspruch zitierte: „Alles, was heute auf dem Erdball geschieht, wird mit dem Scheitern des Anspruchs der Massen auf Führung des europäischen Lebens enden.“²²¹ Diesen Anspruch der Massen sah er verkörpert im Kommunismus und (jedenfalls im nachhinein) im Nationalsozialismus – in seinen Erinnerungen erklärte er seinen NSDAP-Beitritt 1933 bezeichnenderweise damit, daß er sich das einzige Mal in seinem Leben „dem Zeitgeist entsprechend progressiv verhalten“ und sich einer „Volksbewegung“ angeschlossen habe²²². 1975 schrieb er an Eugen Gerstenmaier, daß er weder Weimar, noch das Dritte Reich, noch die Bundesrepublik als seinen Staat empfunden habe: „Ich war ideologisch niemals belastet. Auch heute glaube ich nicht an die Demokratie als Ideal, sondern halte sie für das geringere Übel. Freilich frage ich mich immer wieder, ob die modernen Industriestaaten mit diesem System noch regierbar sind. Die klassische in Großbritannien entwickelte Demokratie beruhte ja auf lauter Voraussetzungen, die – etwa bei uns – gar nicht gegeben sind. Einer elitären Auswahl der Abgeordneten . . . Ihrer Vorbereitung auf den Beruf des Parlamentariers von Jugend an. Ihrer materiellen Unabhängigkeit . . . Die Monarchie überwölbte das parlamentarische System . . .“ – in der Gegenwart sah er dieses Modell weder in England noch anderswo verwirklicht und kam zu dem Schluß, das sich die abendländische Zivilisation, wie Spengler es geahnt habe, im Untergang befände²²³.

Dieser „Untergang des Abendlandes“ manifestierte sich für Studnitz auch in Architektur und Städtebau der Nachkriegszeit. Er knüpfte an seine Vorstellung von 1944 von der Gelegenheit zum umfassenden Neuaufbau der zerstörten Städte an. „Seit dem Absolutismus hat keine Epoche Städteplanern und Architekten solche Chancen zugespielt wie die Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg.“²²⁴ Mit seiner in zahlreichen Varianten immer wieder vorgetragenen Behauptung, daß diese Chancen gründlich vertan wurden, unterzog er die Nachkriegsarchitektur einer ähnlich pauschalen Kritik wie das Jahrhundert vor 1933. Während er den im Dritten Reich erfolgten Autobahnbau immer noch als „gewaltiges Werk“ rühmte²²⁵, hatten die deutschen Architekten für ihn nach 1945 versagt: „Man kann sich nicht vorstellen,

²²⁰ Die Meinungsmacher. Ein Zeitbild, S. 59–61, (Manuskript im Nachlaß). Diesen Entwurf zu einem Bühnenstück verfaßte Studnitz 1954 auf der Grundlage seiner Hamburger Presseerfahrungen.

²²¹ Christ und Welt, 14. 5. 1953: Ortega y Gasset und die Deutschen.

²²² Studnitz, Seitensprünge, S. 10, 80f.

²²³ Brief an Eugen Gerstenmaier vom 23. 7. 1975.

²²⁴ WamS, 22. 12. 1968: Schockfarben machen die Monotonie nur schlimmer. Was Berlins „Märkischem Viertel“ fehlt.

²²⁵ Christ und Welt, 25. 5. 1962: Frage an die Architekten.

daß auch nur eine ihrer Schöpfungen von späteren Generationen unter Denkmalschutz gestellt wird. Die deutschen Baumeister nach dem Krieg haben die Gnade der Stunde Null nicht zu nutzen verstanden.“ Schlimmer noch: „Der Wiederaufbau hat die deutschen Städte noch einmal zerstört und, wie man fürchten muß, für immer.“²²⁶

Der Repräsentationsaufwand für große Bauten der Vergangenheit – vornehmlich Schlösser und Kirchen – erschien ihm gerechtfertigt, weil sich in ihnen eine Idee manifestierte: von der Majestät des Staates oder von der Heiligkeit der Religion. In der Gegenwart fordere dagegen „der Repräsentationsanspruch der Seife und des Kaugummi, von Banken und Versicherungen die Baukunst in die Schranken“²²⁷: „Manager bauen Königsschlösser“ – Büro- und Verwaltungspaläste zumeist auf Kosten des kleinen Aktionärs, der dumpf fühle, „daß die vor seinen Augen wachsenden Betonungeheuer aus seinem Fleisch und Blut gestampft werden“. Hochhäuser erschienen Studnitz als Synonym für die bauliche Misere: wenn etwa „in der Silhouette Kölns der Dom durch das Gerling-Hochhaus seiner ragenden Alleinherrschaft beraubt wurde“²²⁸. Er machte sich Gedanken über den Abbruch nicht mehr benötigter Hochhäuser und die Beseitigung sonstigen „Zivilisationsmülls“: „Immer mehr Pesthalden und Autofriedhöfe überziehen die Landschaft und zeugen von der Unfähigkeit, das Morgen zu bedenken.“²²⁹ Er sah in der „Verhäßlichung der deutschen Landschaft“ auch eine Folge der „zunehmenden Amerikanisierung unseres Lebens“. Der amerikanische Präsident Johnson, „ein intimer Kenner der Massenseele“, erschien ihm allerdings vorbildlich mit einem Programm zur Durchgrünung der Großstädte und zur Entgiftung von Luft und Wasser²³⁰. Studnitz' antimodernes, vorindustrielles und ständisches Gesellschaftsbild bestimmte sein Engagement gegen die Zerstörung von Landschaften und historischen Stadtbildern durch Hochhaus- und Betonbauten²³¹. Im Zusammenhang mit seinem Eintreten gegen die Umwandlung eines historischen Augsburger Hauses in ein Horten-Kaufhaus²³² warnte er bezeichnenderweise vor „der Warenhausfeindlichkeit weiter Kreise der Bevölkerung, vor allem der kleinen Gewerbetreibenden“²³³.

Das moderne Bauwesen und besonders die Einflüsse ausländischer Architekten unterwarf Studnitz einer pauschalen Kritik. „Was von Niemeyer und Aalto, von Mies van der Rohe und Le Corbusier kommt, gilt unbesehen als Evangelium. Das schreckliche neue Hansaviertel in Berlin, zur Bauausstellung errichtet, ist ein Ergebnis der unkritischen Übernahme ausländischer Arbeiten, Scharouns Berliner Philhar-

²²⁶ Studnitz, *Glanz und keine Gloria*, S. 227 bzw. 217.

²²⁷ Ebenda, S. 220.

²²⁸ *Christ und Welt*, 24. 5. 1956: *Manager bauen Königsschlösser*.

²²⁹ Studnitz, *Glanz und keine Gloria*, S. 222.

²³⁰ *WamS*, 21. 2. 1965: *Verunstaltet das schöne Deutschland nicht!*; *Leserbriefe: WamS*, 28. 2. 1965.

²³¹ *Christ und Welt*, 11. 11. 1966: *Bedrohte Silhouetten*; *WamS*, 23. 7. 1972: *Mit viel Beton in die deutsche Saison*.

²³² *Christ und Welt*, 25. 3. 1966: *Das gerettete Zeughaus*; ebenda, 29. 7. 1966: *Horten kämpft um Holl*.

²³³ *Brief an Helmut Horten vom 24. 3. 1966*.

monie ein anderes. Keine Hafenverwaltung hätte sich die Errichtung eines Kornspeichers von dieser abstrusen Häßlichkeit gefallen lassen.“ Studnitz wünschte sich die Anleitung der Architekten durch sachverständige Bauherren nach fürstlichen Vorbildern: „Hätte Willy Brandt den Mut gehabt mit Scharoun umzugehen wie Friedrich der Große mit Knobelsdorff, Berlin wäre um eine Scheußlichkeit ärmer . . . Es obliegt dem Bauherrn, Experimentierlust und Geschmacksverirrungen des Architekten zu zügeln. Bauen verlangt eine ordnende Macht, einen strengen Sinn für das Angebrachte.“²³⁴

Studnitz' undifferenzierte und oft wenig Sachkenntnis zeigende Attacken fanden in den sechziger Jahren trotzdem eine beachtliche Resonanz in häufig zustimmenden Leserbriefen und Rezensionen²³⁵. Er nahm an Rundfunkgesprächen mit bekannten Architekten teil²³⁶, und Fachleute antworteten kritisch auf seine Thesen. „Stellenweise hat der Mann gar nicht so unrecht“, bemerkte Ernst May, während Rudolf Hillebrecht vor „einer Art neuer Antibauhausgesinnung“ warnte und der Berliner Planungschef Düttmann feststellte: „Die Architektur ist ein Abbild der Gesellschaft: Die ist nun mal nicht zentriert auf Kirchen und Prunkbauten.“ Im Unterschied zu Friedrich dem Großen sei man an demokratische Spielregeln gebunden. Und Hans Scharoun faßte seinen Gegensatz zum Studnitzschen Denken in dem Satz zusammen: „Die Häuser sollten nicht mehr, wie bei den Nazis, schön sein für die, die draußen vorbeigehen, sondern für die, die drinnen wohnen.“²³⁷

Das besondere Interesse von Studnitz galt staatlichen Repräsentationsbauten, etwa den deutschen Botschaften im Ausland²³⁸. Den Wohnungsbau betrachtete er wieder vor allem im Rahmen seiner Gesellschaftskritik. Die Planer des Märkischen Viertels in Berlin waren für ihn durch die „fixe Idee amerikanischer Sozialreformer, daß es nur des Wasserlosetts bedürfe, um die armen Leute glücklich zu machen“, inspiriert: „Der gebotene Wohnungskomfort ist beachtlich.“ Das sei jedoch vor allem ein Anreiz für die Leute, sich für die Übersiedlung zu verschulden. „Wer sind diese Menschen überhaupt? Sie kommen samt und sonders aus den unteren und untersten Einkommensklassen. . . . Ist es soziologisch überhaupt sinnvoll, sie geschlossen anzusiedeln? Millionärskolonien kennen keine sozialen Probleme, aus Armenvierteln lassen sie sich nicht fortdenken.“²³⁹ Die „Wohnmaschinen“ der Gegenwart würden zur

²³⁴ Studnitz, *Glanz und keine Gloria*, S. 225 ff.

²³⁵ „Für Künstler und Architekten nicht nur, sondern für die gesamte Öffentlichkeit sollte das Schlußkapitel über die neudeutsche Architektur . . . zur Pflichtlektüre erklärt werden“ – so Herbert M. Schönfeld in seiner Rezension zu Studnitz, *Glanz und keine Gloria*, im Bonner Generalanzeiger vom 21. 1. 1966.

²³⁶ Mit Egon Eiermann und Paul Schneider-Essleben; vgl. Brief an Eiermann vom 20. 2. 1967.

²³⁷ Hannoversche Presse, 11. 11. 1966: Würden unsere Städte zum zweiten Mal gemordet? Die Professoren Hillebrecht (Hannover), May (Hamburg), Tamms (Düsseldorf), Scharoun und Düttmann (Berlin) haben das Wort.

²³⁸ Vgl. Studnitz, *Bismarck in Bonn*, S. 279–287. Korrespondenzen mit der Bundesbaudirektion 1963 und mit Egon Eiermann 1967.

²³⁹ *WamS*, 22. 12. 1968: Schockfarben machen die Monotonie nur schlimmer. Was Berlins „Märkischem Viertel“ fehlt.

Entwurzelung der Menschen beitragen. Technische Perfektion, Waschmaschine, Fernsehen usw. lieferten den Bewohnern Wunder etagengerecht und entfremdeten sie dem Glauben an Gott. Die Öde der Siedlungen sei familienfeindlich und würde „neue Formen menschlicher Koexistenz“ begünstigen: „Kindergärten und Kommunen, Partnertausch und Homosexualität, Polygamie und Gruppensex, Rauschgiftzirkel und Bandenwesen“. Der „um sich selbst und um seine Einsamkeit betrogene moderne Mensch“ würde dem „Terror des Kollektivs“ ausgesetzt. Die moderne „Antiarchitektur“, die den Menschen kein Heimatgefühl mehr vermitteln könne, leiste einen wesentlichen Beitrag zur Desintegration der Gesellschaft²⁴⁰.

IX.

1969 urteilte Klaus Harpprecht, ehemaliger Kollege bei „Christ und Welt“ und der „Welt am Sonntag“ und inzwischen Anhänger Willy Brandts: „Ich habe Studnitz immer als einen konservativen Individualisten geschätzt, . . . er gehört zu einer Generation, die es nicht wahrnimmt, daß sie sich selbst überlebt hat.“²⁴¹ Daran änderte sich auch unter der sozialliberalen Regierung nichts. Weiterhin beklagte Studnitz die „Verwandlung der Nation in einen Konsumverein“ und sah eine ältere Generation, die es verlernt habe, Autorität und Glauben zu vermitteln, und eine geschichts- und orientierungslose Jugend, die bereit sei, für Progressivität jeden Preis zu zahlen. Nie zuvor war jedoch für ihn die Außenpolitik der Gefahr näher gewesen, zu einem Nebenprodukt dieser innenpolitischen Konstellation zu werden²⁴². In der publizistischen Kampagne der Springer-Presse gegen die neue Ostpolitik war Studnitz eine der radikalsten Stimmen. Für ihn gab es nur eine Politik: „der Welt unablässig ins Gedächtnis rufen, daß es ohne eine Lösung der deutschen Frage keine Entspannung geben kann; daß die Dreiteilung Deutschlands ein Ende haben muß“²⁴³. Er plädierte dafür, alle Mittel zu nutzen, die Ratifizierung der Ostverträge zu verhindern, bezweifelte ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz und empfahl der CDU, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Er stellte sogar Spekulationen darüber an, gegen den Bundespräsidenten im Falle seiner Unterschrift zu den Verträgen wegen Verletzung des Grundgesetzes eine Amtsenthebungsklage einzuleiten²⁴⁴. Solche Überlegungen lösten auch im Springer-Verlag Zweifel daran aus, ob es ratsam sei, Kommentare zu einer politisch derart brisanten Materie einem juristisch dilettierenden Autor wie Studnitz zu überlassen²⁴⁵.

²⁴⁰ Konservativ heute, H.2, 1971: Auflösung durch Antiarchitektur.

²⁴¹ Brief von Klaus Harpprecht an Axel Springer vom 28.12. 1969.

²⁴² WamS, 4.1. 1970: Wie beurteilt der Bundeskanzler die Lage der Nation?

²⁴³ WamS, 6.8. 1970: Der Vertrag.

²⁴⁴ WamS, 9.1. 1972: Wenn die CDU hart bleibt: Dann gibt es Verfassungskstreit.

²⁴⁵ So Edgar Kull nach einem Gespräch mit Adam Vollhardt in einer Hausmitteilung vom 11.1. 1972 an Warnfried Encke. Encke reicht diese mit Bitte um Stellungnahme an Studnitz weiter, der seine Position in einem Schreiben vom 13.1. 1972 bekräftigte.

Stärker als zuvor geriet Studnitz in den siebziger Jahren an den rechten Rand des publizistischen Spektrums. 1972 schied er bei „Christ und Welt“ aus. Er hatte sich zunehmend der Zeitung entfremdet und durch Umzug von Stuttgart an den Chiemsee 1970 auch geographisch entfernt²⁴⁶. Dagegen schrieb er nun regelmäßig im „Bayernkurier“, außerdem in einer Reihe rechter Presseorgane, wie „Criticon“, „Deutschland-Magazin“, „Konservativ heute“, „Nation Europa“ und der von William S. Schlamm begründeten „Zeitbühne“, die er 1978 als Chefredakteur übernahm. Kennzeichnend für seine Situation Ende des Jahrzehnts ist ein Schreiben der Chefredaktion des „Bayernkurier“ an Studnitz mit der Aufforderung, seine Mitarbeit bei der vom Verfassungsschutz als rechtsradikal ausgewiesenen „Nation Europa“ einzustellen, da dies mit der Mitarbeit beim „Bayernkurier“ nicht vereinbar und auch bereits polemisch gegen ihn gekehrt worden sei²⁴⁷.

1975 veröffentlichte Studnitz seine Memoiren. Obwohl er auch lobende Worte dafür fand, drückte Michael Stürmer in seiner Rezension die Hoffnung aus, daß der Neokonservatismus der zweiten Republik zu Geschichtsbild und Argumentationsstil des Buches Distanz halten möge²⁴⁸. Auch für die Mehrheit der Konservativen hatte sich Studnitz Mitte der siebziger Jahre historisch überlebt. Und doch schrieb er noch etwa 15 Jahre regelmäßig für die „Welt am Sonntag“. Weiterhin beschwor er den Adel als „Pfeiler im Strom der Vermassung“ und beklagte, daß die Deutschen nach 1945 außerordentliche Persönlichkeiten am Staatsruder fürchten gelernt hätten. Strauß war für ihn immer noch „ein Mount Everest unter Schwarzwaldbergen“ in der deutschen Politikerlandschaft, als er zur Bundestagswahl 1986 über dessen Rückkehr nach Bonn spekulierte, dabei aber eher an die Vorliebe der Deutschen für Administratoren wie Kohl, die ihnen ihre Ruhe nicht rauben würden, glaubte²⁴⁹. Doch zu aktuellen politischen Fragen nahm er nur noch selten Stellung. Zumeist verfaßte er in den letzten Jahren Artikel zu historischen Themen und vor allem Buchrezensionen. Am 16.7. 1993 ist Hans-Georg von Studnitz gestorben²⁵⁰.

²⁴⁶ Nachdem ihm Ulrich Frank-Planitz aufgrund der finanziellen Situation der Zeitung eine Kürzung seiner Bezüge um 50 % angekündigt hatte (Briefe vom 28. und 29.12. 1971), schlug Studnitz in einem Brief vom 2.1. 1972 eine einvernehmliche Trennung zum Jahresende vor.

²⁴⁷ Brief von Wilfried Scharnagl vom 6.12. 1978. Vergleiche den Bericht von Uly Foerster im „Vorwärts“ vom 10.8. 1978: Aus Liebe zu Deutschland.

²⁴⁸ Michael Stürmer, Ein Bismarckianer in der Bonner Republik (Rezension zu: Seitensprünge, gesendet am 11.12. 1975 im Hessischen Rundfunk); Manuskript im Nachlaß.

²⁴⁹ WamS, 21.1. 1979: Der Adel – ein Pfeiler im Strom der Vermassung; ebenda, 2.11. 1986: Was macht Strauß, und wo landen die Grünen?

²⁵⁰ Nachrufe in FAZ (20.7. 1993), Welt (20.7. 1993), WamS (25.7. 1993).